Einzelpreis 70 Pfg. • 5. Jahrg.

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jungen-Genosse“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 55.— M., für das übrige Ausland 75.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Donnerstag, 5. Januar 1922

Nummer 7 • Morgen-Ausgabe

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarife. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 4.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der bayerische Justizskandal

Niederschönenfeld

Wir haben unseren Lesern bereits Kenntnis gegeben von der Denkschrift, die die bayerische Regierung über den Strafvollzug in den Festungen und besonders über die Behandlung der Gefangenen in der Festung Niederschönenfeld herausgegeben hat. Diese Regierungsdenkschrift richtet sich gegen die Denkschrift unseres Genossen Niekisch, der nach der Verbüßung seiner zweijährigen Haft in der Festung Niederschönenfeld die auch schon vorher teilweise bekannte grausame und rechtswidrige Behandlung der politischen Gefangenen im einzelnen an die Oeffentlichkeit brachte. Die Regierung des Grafen Lerchenfeld dreht in ihrer Denkschrift den Spieß um und dichtet den politischen Häftlingen in Niederschönenfeld die tollsten Pläne an. Die Gefangenen sollen ihre Aufseher bedroht, andere Gefangenen, die ihnen nicht zu Willen waren, schlecht behandelt, Ausbruchspläne gehegt und sich mit Totschlägern und dergleichen lieblichen Dingen bewaffnet haben. Während die Anklageschrift des Genossen Niekisch von dem größten Teil der bürgerlichen Presse mit Stillschweigen übergangen wurde, hat die tendenziöse Regierungsdenkschrift begeisterten Widerhall, besonders in der Rechtspresse gefunden.

Wie es tatsächlich mit den Angaben in der Regierungsdenkschrift Niederschönenfeld steht, das sagt Genosse Niekisch, der es ja besser wissen muß als die schreibbeflissenen Beamten des bayerischen Justizministeriums, die Niederschönenfeld nie gesehen haben, in einem Artikel unseres Münchener Parteiblatts, der „Morgenpost“. Genosse Niekisch weist in seinem Artikel auf das unehrliche, unvornehme Spiel des bayerischen Justizministeriums hin, das alle Anklagen gegen die Justizbehörden und die Anstaltsleitung der Oeffentlichkeit vorenthalten, die Regierungsdenkschrift hingegen in umfangreichen Auszügen veröffentlicht habe. Er weist weiter auf die interessante Tatsache hin, daß die Denkschrift der Regierung, für den Landtag bestimmt, zwar seit geraumer Zeit in der Oeffentlichkeit bekannt ist, daß er aber als Landtagsabgeordneter noch am 29. Dezember kein Exemplar der Denkschrift erhalten konnte.

Zu den Feststellungen der Regierungsdenkschrift selbst bestreitet Genosse Niekisch nach wie vor, daß der Festungshaftstrafvollzug gesetzmäßig sei. Namhafte Juristen, die sich mit der Frage des bayrischen Strafvollzugs befassen, bestreiten die Gesetzmäßigkeit durchaus. Genosse Niekisch verweist auch darauf, daß in den preußischen Festungen Gollnow und Marburg der Urlaub in die Stadt besteht, den seinerzeit der demokratische Herr Müller-Meiningen für die bayerischen Festungsgefangenen aufgehoben hat. Gerade die Beseitigung des Stadturlaubs habe die bayerische Festungshaft der Gefängnisstrafe angenähert. Die Ungesetzlichkeit des Strafvollzugs in Niederschönenfeld sei dadurch gegeben, daß der Mörder Eisners, Graf Arco, in Landsberg unter besseren und würdigeren Lebensbedingungen festgehalten werde. Diesem Bewußtsein, sich ungesetzlich behandelt zu fühlen, seien die Zustände höchster Erregung und Erbitterung bei den Gefangenen zuzuschreiben. Die Regierungsdenkschrift begehe eine Unredlichkeit, sie verschleiere, daß es sich im Grunde bei allen Torheiten nur um Taten einzelner handelt, und sie lasse die Frage unbeantwortet, warum die Gefangenen, die zu keinen Klagen Anlaß bieten, verantwortlich gemacht werden für Geschehnisse, an denen sie keinen Anteil haben.

Genosse Niekisch gibt ohne weiteres zu, daß die „Bekenntnisse“ einiger Festungsgefangenen in der Regierungsdenkschrift wahrscheinlich echt sind. Eine Hand wasche die andere. Der betreffende Gefangene schreibe, was das Justizministerium gern lese und verwerten wolle, das Justizministerium dagegen habe Verständnis, wenn der Briefschreiber einmal um Bewährungsfrist nachsuche. Am Schlusse seines Artikels kommt Genosse Niekisch zu folgenden positiven Feststellungen gegenüber der Tendenzmache des Grafen Lerchenfeld:

a) Die Angaben meiner Denkschrift sind in keinem einzigen Punkte widerlegt. Auf die Tatsache, daß im Kampf um den gesetzmäßigen Strafvollzug verschiedene zügellose Naturen die Grenzen gelegentlich überschritten, habe ich selbst hingewiesen.

b) Die Regierungsdenkschrift ist nicht sachlich. Sie ist die Verteidigungsschrift einer Partei, die fühlt, daß ihre Stellung schwach und angreifbar ist und die zu ihrer Verteidigung auch anrüchige Mittel nicht verschmäht.

c) Herr Graf Lerchenfeld „enthüllt“ die Zustände in Niederschönenfeld, ohne je selbst dort gewesen zu sein. Wenn die Regierung ein gutes Gewissen hat, wird sie selbst einen Untersuchungsausschuß vorschlagen; wenn sie sich weiterhin gegen den Untersuchungsausschuß sträubt, tut sie dar, daß ihr Gewissen sehr schlecht ist.

Auch wir sind der Meinung, daß die Regierung Lerchenfeld, die so bedingungslos die Kahr-Methoden fortsetzt, alle Ursache hat, die Bildung eines Untersuchungsausschusses zu vereiteln. Es ist eine alte Wahrheit, die aber ewig neu bleibt, daß das Herumdrücken um Klarstellung erhobener Angriffe den Verdacht der Schuld bestärkt. Wir können der Regierung Lerchenfeld auch nachfühlen, daß sie zögert, den wahrhaft internationalen Ruf des bayerischen Ordnungsstaates um ein neues Ruhmesblatt zu bereichern. Wo aber bleiben die Reichsbehörden? Hat nicht selbst der jetzige Reichsjustizminister Radbruch den Strafvollzug in Niederschönenfeld, von dem er sich aus eigener Anschauung überzeugte, aufs schärfste gegeißelt?

Bei alledem ist nicht zu vergessen, wie schön der bayerische Ministerpräsident und gleichzeitige Justizminister Graf Lerchenfeld sein so oft gerühmtes Christentum manifestiert, indem er wehrlose Gefangene, die der Schikane subalterner Beamter unterliegen, mit den gemeinsten Verdächtigungen überschüttet und ihren Kampf für eine humane Behandlung mit einer Rechtfertigung mittelalterlicher Methoden beantwortet. Es geht doch nichts über praktisches Christentum.

Ein Wort zur Einheitsfront

Von Otto Meier, Berlin

Eines der wichtigsten Probleme, mit denen sich der kommende Parteitag der U. S. P. D. in Leipzig wird beschäftigen müssen, wird die Frage sein: Wie ist der Zusammenschluß des zersplitterten deutschen Proletariats auf dem Boden des Klassenkampfes zu erreichen? Je mehr sich im nachrevolutionären Deutschland die wirtschaftliche und politische Gewalt des Kapitals konsolidiert, um so eindringlicher heischt das Interesse der sozialistischen Gesamtbewegung von allen maßgebenden Faktoren in der Arbeiterbewegung ein klares und unzweideutiges Bekenntnis zur Zusammenfassung aller durch gegenseitige Reibereien sich aufhebenden Kräfte.

Innerhalb der letzten Jahre hat sich unter dem Druck der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung das Verhältnis der sozialistischen Parteien zu einander wesentlich geändert. Während noch vor zwei Jahren jede proletarische Partei in der anderen den am schärfsten zu bekämpfenden Gegner sah, betrachtet heute jede dieser Organisationen die Einheitsfront, wenn auch in ihrem Sinne, als erste Voraussetzung für die unmittelbare Durchsetzung der sozialistischen Ziele. Der Wille der Massen, die Periode der Zwistigkeiten zu überwinden, ist allmählich so elementar geworden, daß er von keiner Partei mehr auf die Dauer ignoriert werden kann.

So hoffen und warten die deutschen Arbeiter von einem Parteitag zum andern. Sie blickten nach Jena, zum Parteitag der Kommunisten; sie warteten auf Görlitz in der Hoffnung, daß von dort das Heil käme. Sie wurden bitter enttäuscht. Und wieder harren die nicht nur in der U. S. P. D., sondern auch in den anderen Parteien organisierte Arbeiterschaft und — das ist vielleicht das wesentlichste — die vielen hunderttausend, die, des Bruderkampfes müde, abseits stehen, auf die Erlösung von Leipzig.

Genosse Kautsky hat in der Neujahrsausgabe der „Freiheit“ einen beachtenswerten Artikel unter dem Titel „Massenpartei oder Sekte“ geschrieben. Was im Unterton dieses Artikels leise anklingt, ist nur allzu wahr: die Einigungsfrage kommt über das Stadium rein theoretischer Erwägungen und Betrachtungen nicht hinaus. Man hat das Gefühl, alle wollen die Einigung und jedem fehlt doch der Mut zur Unpopularität. Niemand will den entscheidenden ersten Schritt zur tatsächlichen Annäherung tun. Jede Partei erblickt darin mehr oder weniger eine Selbstaufgabe. Wie fast überall, so ist auch hier von der Theorie bis zur Praxis augenscheinlich noch ein weiter Weg.

In dem schon erwähnten Artikel hat Genosse Kautsky sehr gründlich das Problem der politischen Einheitsorganisation des deutschen Proletariats als Klassen- und Massenpartei behandelt. Der Tendenz seiner Ausführungen wird im Prinzip ein jeder zustimmen müssen. Vielleicht aber hätten seine Ausführungen einen noch größeren Widerhall gefunden, wenn er nicht nur den augenblicklichen Bestand „zweier sozialdemokratischer Parteien“ in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen hätte. Trotz seiner zweifellos gerechtfertigten Stigmatisierung der K. P. D. als Sektenpartei ist auch diese zur Zeit noch ein Faktor, der in der deutschen Arbeiterbewegung nicht übersehen werden darf. Die ewige Krise dieser Partei beweist, daß die heftige Opposition gegen die unentwegten Moskauer Methoden der Zentrale nichts anderes ist als der Niederschlag der Gegensätze, die aus der Notwendigkeit politischen Handelns innerhalb der gegebenen, nicht hinweg zu diskutierenden Verhältnisse einerseits und der Anwendung starrer Lehrsätze kommunistischer Kirchendogmen andererseits entspringen. Wenn von der Einheitsfront des Proletariats die Rede ist, dürfen die kommunistischen Arbeiter, denen es mit der Einigung zweifellos bitter ernst ist, nicht ausgeschlossen sein.

Uebrigens beweist Paul Levi in seiner Schrift „Unser Weg — Wider den Putschismus“, die bekanntlich zu seinem Ausschluß aus der K. P. D. führte, daß er und ein erheblicher Teil der Kommunisten gar nicht so weit von den Kautskyschen Gedankengängen entfernt sind. Er geißelt darin unbarmherzig die beiden Denkfehler der Kommunisten.

„Der eine ist: sie sehen innerhalb des Proletariats nur die Kommunisten; der andere ist: sie sehen innerhalb der kämpfenden Klassen nur das Proletariat. In Wirklichkeit aber ist revolutionäre Taktik nicht, daß man immer nur sich selbst besieht und bemißt und bespiegelt; viel wichtiger ist das Verhältnis der Kommunisten zu allen anderen, gegen den Kapitalismus kämpfenden Klassen und Schichten, die alle gemeinsam mitwirken am Sturze der Bourgeoisie.“

Und es riecht sogar bedenklich nach Koalitionspolitik, wenn er in demselben Absatz schreibt:

„In irgendeinem späteren Stadium der Revolution muß ein — freilich auch dann nur vorübergehender — Gegensatz also entstehen zwischen all den Klassen und Schichten, die heute neben dem Proletariat stehen, aber nichts berechtigt darob die Kommunisten, diese Klassen oder Schichten als nicht existent oder als nicht bündnisfähig oder gar als Feinde zu betrachten.“

Um das belgische Vorzugsrecht

Englische Zugeständnisse?

EE. Paris, 4. Januar.

Die „Information“ glaubt unterrichtet zu sein, daß zur Lösung des schwierigen Problems der belgischen Priorität englischerseits der Plan bestehe, um Belgien zur Vernunft zu bringen, **auf die sofortige Rückzahlung eines Belgien unmittelbar nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages gewährten Vorschusses von 150 Millionen Goldmark zu verzichten.** Außerdem würde sich England bei den Vereinigten Staaten dafür einsetzen, daß diese die Zahlung eines Belgien gewährten Vorschusses von 550 Millionen Goldmark, deren Sicherheit in der belgischen Priorität lag, stundeten. Frankreich würde man dadurch entgegenkommen, daß die 300 Millionen Goldmark, die ihm für die Saargruben angerechnet wurden, einstweilen nicht vermindert würden, sondern vorläufig auf dem französischen Schuldkonto ein offener Posten blieben. Endlich würden die Bestimmungen, die am 13. August von der Konferenz der Finanzminister in Paris getroffen wurden und die sich auf den Preis der deutschen Kohlen beziehen, fallengelassen werden. Man würde für die deutsche Kohle den Preis der französischen, oder, falls sich die nach St. Quentin beförderte englische Kohle billiger stellen sollte, deren Preis berechnen. Endlich würde Frankreich von englischer Seite das Zugeständnis erhalten, **daß es dem Wiesbadener Abkommen seine Zustimmung geben würde, jedoch mit der Abänderung, daß Deutschland im Jahre 1922 nur für 1¼ Milliarde und 1923 und 1924 für je 1½ Milliarde an Naturallieferungen zu leisten hätte statt der für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 1. Mai 1926 vorgesehenen 7 Milliarden.**

Was den Plan eines internationalen Finanzkonsortiums anbelangt, so behauptet die „Information“, daß **dieses Konsortium auch berechtigt sein solle,** Banknoten auszugeben, deren Rückzahlung in der Währung jener Länder erfolgen solle, deren Finanzinstitute sich an den Operationen des Konsortiums beteiligten. Diese Banknoten des Konsortiums könnten neben den nationalen Valuten in Rußland, Polen, Oesterreich usw. Kurs haben. Diese Banknoten würden durch Geld oder Waren der genannten Länder in ihrem Werte garantiert werden.

Schrittweiser Wiederaufbau Europas

EE. London, 4. Januar.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ behauptet, daß sich das internationale Finanzkonsortium in der Hauptsache mit dem **Wiederaufbau der österreichischen Nachfolgestaaten** beschäftigen wolle. Man sei dahin übereingekommen, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas **schrittweise von Westen nach Osten durchgeführt** werden soll. Das sei eine praktische Methode, da das wirtschaftliche Chaos in Europa von Westen nach Osten anwachse. Das Kapital dieses Konsortiums von 20 Millionen Pfund Sterling müsse aber vervielfacht werden, wenn man am wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands arbeiten wolle.

Die „Westminster Gazette“ will von **einer Militärallianz mit Frankreich nichts wissen.** Auf eine solche Allianz, wie sie vor dem Kriege geschlossen wurde, könne sich England nicht festlegen, dagegen wäre es bereit, eine Vier-, Fünf- und Sechsmächteallianz einzugehen, wobei Frankreich allerdings die Zusicherung gegeben werden müßte, daß es im Falle eines Angriffes auf die Hilfe Englands rechnen könnte.

Der Aufstand in Kreta. Die Aufstandsbewegung in Kreta breitet sich mehr aus, als zuerst eingestanden wurde. An der Bewegung beteiligen sich mindestens 3000 Personen, die trotz der militärischen Sicherungen Plünderungen in größerem Umfange vornehmen. Als Ziel der Aufstandsbewegung wird die Trennung Kretas von Alt-Griechenland und die Verschmelzung mit dem neuen Griechenvolke auf demokratischer Grundlage mit Venizelos an der Spitze angestrebt.

Inwieweit hier die Erfahrung mit der rauhen Wirklichkeit nach dem mißglückten Osterputsch mitgewirkt hat, braucht nicht erörtert zu werden. Das Wichtigste ist, daß hier von Levi ganz konsequent der Gedanke zum Ausdruck gebracht wird, daß neben der Abhängigkeit von Moskau die zum Teil selbstgewollte Isolierung nach dem Motto: „Klein aber rein" völlig unmarxistisch und deshalb zum Scheitern verurteilt ist.

Der Parteitag der U. S. P. D. in Leipzig hat die Pflicht, wenn er im Sinne der Fortentwicklung der Gesamtbewegung arbeiten will, nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame in der Arbeiterbewegung hervorzuheben. Eine nach dieser Richtung hin klar und deutlich ausgesprochene Willenserklärung unserer Partei wäre der erste positive Schritt zur Einigung des Proletariats. Er würde, ohne eine Verleugnung des bisher eingenommenen Klassenkampfstandpunktes zu bedeuten, in der Richtung des Zieles liegen, das eine völlige Wiedergeburt und eine vielleicht beispiellose Kraftentfaltung der deutschen Arbeiterklasse bedeutet.

Es wäre verkehrt, eine solche Willenserklärung von vornherein mit dem Einwand abzutun, daß sie weder auf Gegenliebe noch auf Verständnis bei den anderen Parteien stoßen würde. Aber selbst die Gewißheit darüber dürfte uns nicht abhalten, das zu tun, was in der Linie der historischen Entwicklung liegt. Wenn der Zusammenschluß des deutschen Proletariats eine geschichtliche Notwendigkeit ist, darf sich keine Partei gegen diese Entwicklung versündigen, bei Strafe ihrer völligen Selbstausschaltung und Ohnmacht, die dann früher oder später kommen muß.

Wir haben bisher immer mit einem gewissen Stolz betont, daß eine sozialistische Partei niemals Selbstzweck sein darf. Ich sehe den nicht geringsten Teil der historischen Mission der U. S. P. D. darin, der Schaffung einer großen deutschen Klassen- und Massenpartei den Weg zu ebnen.

In der Tat bedeutet diese Einstellung zu den gegebenen Verhältnissen nur eine Fortsetzung der von Marx und Engels im Anfang der deutschen Arbeiterbewegung betriebenen Politik. Legten damals die beiden Altmeister des internationalen Sozialismus das Hauptgewicht auf die Zusammenfassung aller Arbeiterparteien, gleichgültig, ob in ihrem Sinne die eine mehr und die andere weniger grundsätzlich eingestellt war, um wieviel notwendiger müßte heute den beiden der politische Zusammenschluß des deutschen Proletariats erscheinen. Ein Zusammenschluß freilich, der in seinen Reihen freiester Meinungsäußerung und selbstverständlicher Kritik breitesten Spielraum gewährt!

Ich darf für mich in Anspruch nehmen, daß ich in meiner bisherigen bescheidenen Wirksamkeit innerhalb der politischen Bewegung keinen nach rechts gerichteten Tendenzen gehuldigt habe. Es gibt viele Dinge, vielleicht allzuviele, über die niemals Gras wachsen wird. Die Noske- und Heineperiode einerseits und der furchtbare Rückschlag, den uns in unserer besten Zeit in seinem blinden Fanatismus der apostolische Stuhl in Moskau brachte, sind Dinge, die unauslöschlich im Erleben des einzelnen haften.

Um so mehr aber sollen wir uns hüten, die Anhängsel persönlicher Empfindungen, die sich mehr oder weniger in jedem von uns auswirken, als Resultate politischer Erfahrungen zu werten.

Es gibt innerhalb der Arbeiterbewegung als Gesamtheit kein Hüben und kein Drüben. Wie das gesellschaftliche Sein unbewußt die Triebkräfte des kapitalistischen Bürgertums beeinflußt, so entspringt die Aktivität der arbeitenden Klassen früher oder später, nur mit vollem Bewußtsein, aus eben demselben gesellschaftlichen Sein. Diese marxistische Erkenntnis ist bis heute, trotz der Zersplitterung, das Gemeinsame der sozialistischen Arbeiterbewegung geblieben. Sie ist es geblieben, trotz der unterschiedlichen Parteiprogramme, deren jedes das Dogma einer alleinseligmachenden Kirche zu werden droht.

Um es ganz klar auszudrücken: Das Bestreben, so oder so aus dem jetzigen Zustand herauszukommen, entspringt dem Bewußtsein, daß die deutsche Arbeiterbewegung drei getrennte sozialistische Parteien mit ihren verschiedenen Zeitungen und sonstigen Einrichtungen angesichts der Entwicklung der kapitalistischen Parteien einfach nicht mehr ertragen kann.

Wer heute der Einigung der Arbeiterbewegung über den Rahmen der üblichen Phrasen hinaus das Wort redet, setzt sich leicht der Gefahr aus, als vom „Einigungsfimmel" besessen bezeichnet zu werden. Das ist ein häßliches Wort. Aber sei es drum! Das Gefühl, im Interesse des Sozialismus, der nicht abhängig von einzelnen Parteien, sondern vom gesteigerten Machtkampf des Proletariats in seiner Gesamtheit ist, geschrieben zu haben, mag über das Achselzucken der Spötter entschädigen. Und solche gibt es wohl überall.

Ich verurteile die Moskauer Methoden und bin ebensowenig ein Freund der rechtssozialistischen Koalitionspolitik. Aber weil ich weiß, daß die Taktik der Parteivorstände von den Anhängern der einen Partei wie von den Massen der anderen nicht kritiklos hingenommen wird, weil ich Zutrauen und Vertrauen zu der von uns bisher geübten Politik habe, ist es meiner Auffassung nach keine Schande, den Arbeitern rechts und links von der U. S. P. D. die Hand zu reichen.

Unserer Delegierten harrt in Leipzig eine Riesenaufgabe. Mögen sich die Hoffnungen, die sich an die bevorstehenden Auseinandersetzungen knüpfen, nicht nur in quantitativer sondern auch in qualitativer Hinsicht erfüllen. Mögen die nach Leipzig Gewählten auch berufen sein, unter anderen das große, weltgeschichtliche Werk der Wiedervereinigung der deutschen Arbeiterklasse zu fördern.

Der neue deutsche Kulturwille

Oder: der Wille zur Unkultur

Dem „Berliner Tageblatt" wird aus Altona geschrieben:

Es ist wichtig, daß alle Kreise, die in Verwaltung und Schule dem Geist der Verfassung zu seinem Recht verhelfen wollen, gegenwärtig ihre Blicke einmal nach Altona richten. Denn dort ist eine Schulratsfrage ins Rollen gekommen, deren Ausgang über die Grenzen Altonas von grundsätzlicher Bedeutung ist. Für den freigewordenen Stadtschulratsposten haben Schuldeputation und Magistrat in Altona den Hamburger Volksschulmann Hermann L. Köster gewählt, dessen Name in der pädagogischen Welt bereits einen guten Klang hat. Auf dem Gebiet der Kunsterziehung und des Jugendschriftenvereins gilt Köster als Autorität; er ist unter anderem Sachverständiger des Dürer-Bundes und des „Kunstwarts" und mit Ganzberg Herausgeber der „Deutschen Sprachhefte". In Hamburg mit seinem vorbildlichen Schulwesen war er zum Vorsitzenden der Schulsynode und der Lehrerkammer gewählt worden, ein Beweis für das Vertrauen, das er dort in der Lehrerschaft genießt. Diesem Manne nun wird die Bestätigung zum Kreisschulrat — das Amt ist mit dem des Stadtschulrats vereinigt — von der dafür zuständigen Stelle, dem Regierungspräsidenten in Schleswig, versagt. Der Posten ist kommissarisch einem Regierungsrat übertragen worden. Die Ursache? Köster besitzt als bisheriger Volksschulehrer nicht nur keinerlei akademische Grade — er steht auch, obwohl er politisch nie hervorgetreten ist, auf dem Boden der Sozialdemokratie. Zwei Gründe, die in der wilhelminischen Aera allerdings jede Diskussion erübrigten, deren heutige Wiederbelebung aber in der Bevölkerung und der Volksschullehrerschaft eine tiefe Erregung hervorgerufen hat. In einer vom Ortselternrat veranstalteten, aus allen Schichten besuchten öffentlichen Versammlung fand als Redner der demokratische Stadtverordnete Rektor Jes Juhl scharfe Worte gegen das Verfahren der Schleswiger Regierung. Einstimmig wurde beschlossen, dem Regierungspräsidenten wie dem Unterrichtsminister Boelitz die Forderung der Bestätigung Kösters zu stellen.

Dieser Vorfall kann dem Herrn Boelitz als passende Gelegenheit dienen, um einmal an einem Beispiel der Praxis zu zeigen, was er unter „Koalitionspolitik" versteht. Damit ihm sein Etat bewilligt werden möge, hat er hoch und heilig beteuert, daß er keine Parteipolitik — im Sinne seiner Potsdamer und sonstigen monarchistischen Reden also —, sondern sogenannte Koalitionspolitik treiben werde. Wenn dieses Wort einen Sinn haben soll, so doch nur diesen, daß alle an der Koalition beteiligten Parteien und auch alle Personen, die sich zu den Gesinnungen dieser Parteien bekennen, vor Herrn Boelitz gleichen Rechtes sein sollen. Also auch die Sozialdemokraten. Der Altonaer Fall widerspräche also seiner Koalitionspolitik glattweg.

Und die Sozialdemokraten selber? Minister Severing hat in einem Erlaß erklärt, daß auch Kommunisten nicht deswegen als unbefähigt zur Bekleidung von Beamtenstellen erklärt werden dürfen, weil sie Kommunisten sind. Er wird also wohl sehr viel dagegen einzuwenden haben, daß sogar Sozialdemokraten durch die oberen Schulbehörden ihrer Gesinnung wegen von der Zulassung zu Beamtenstellen ausgeschlossen werden. Vielleicht erteilt er seinem Ministerkollegen Boelitz einmal eine Lektion über diese Grundsätze.

Der kulturpolitische Vertrauensmann der Rechtssozialisten aber, Konrad Haenisch, hat soeben in einem Büchlein, „Neue Bahnen der Kulturpolitik", die eigenen Taten als Minister mit schönen und starken Worten herausgestrichen. Als Nachsatz zu einem sehr schwungvollen Vorwort teilt er mit, daß das Manuskript schon gesetzt gewesen sei, als die Umgruppierung in der preußischen Regierung „das höchst unerfreuliche Ergebnis gezeitigt hat, Herrn — Dr. Boelitz an die Spitze der preußischen Unterrichtsverwaltung zu bringen". Er fügt hinzu:

„Hier möchte ich nur meiner festen Zuversicht Ausdruck geben, die durch die Revolution entbundenen Kräfte des neuen deutschen Kulturwillens möchten sich als so stark erweisen, daß sie — jetzt nach drei Jahren freier Entwicklung (? D. Red. d. „F.") — nicht mehr umzubringen sind — durch nichts und durch niemanden!"

Und nun ist der Altonaer Fall geeignet, um — gleichfalls an einem Beispiel der Praxis — zu zeigen, ob der Einfluß des durch Herrn Haenisch und seine Freunde getragenen „neuen deutschen Kulturwillens" innerhalb der preußischen Regierung stark genug ist, um den durch Herrn Boelitz vertretenen Willen zur Unkultur in die Schranken zu weisen. Wir erwarten, daß die „feste Zuversicht" Haenischs nicht enttäuscht wird.

Verhandlungen über das Steuerkompromiß

Wie die Presse mitteilt, hat gestern im Anschluß an die Sitzung des Reichskabinetts eine Besprechung des Reichskanzlers mit den Führern der Reichstagsfraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten stattgefunden. Der Reichskanzler unterrichtete die Parteiführer über die aktuellen Fragen der auswärtigen Politik; in der Hauptsache aber galt die Besprechung einer Erörterung der Steuerreform, deren Erledigung unmittelbar nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages in Angriff genommen werden soll. Die Bemühungen sind darauf gerichtet, ein Kompromiß unter den drei Parteiführern betreffs des Steuerproblems zu erreichen.

Ueber das Ergebnis der Besprechungen wird nichts mitgeteilt.

Wie man Steuern hinterzieht

Als Stichtag für die Veranlagung zur Einkommensteuer und für eine Reihe von anderen Besitzsteuern gilt der 31. Dezember. Durch die Reichsabgabenordnung sind Banken und andere öffentliche Kreditunternehmungen verpflichtet, Auskunft über die Guthaben ihrer Kunden zu liefern. Dadurch ist eine bescheidene Möglichkeit zur Feststellung des Vermögens der Besitzenden gegeben. Aber auch diese Möglichkeit steht mehr oder weniger auf dem Papier, wie aus der nachstehenden Mitteilung der „B. Z." deutlich wird:

„Der Grund der Geldversteifung zum Schluß des Jahres lag vor allem darin, daß das Publikum im Hinblick auf den 31. Dezember, der als Steuerstichtag gilt, Abhebungen vorgenommen hatte. Diese Summen gingen in die Milliarden."

So entziehen sich die Besitzenden ganz systematisch ihren Verpflichtungen gegenüber dem Reich.

Der Dollar steigt wieder

Trotzdem an der gestrigen Börse bereits die Meldung der „Frankfurter Zeitung" über eine angeblich in London zustande gekommene Einigung bekannt war, nach der Deutschland im Jahre 1922 nur 500 Millionen in Goldmark in vier Raten zu zahlen haben werde, und die Spekulation sich zurückhielt, waren die Devisenkurse recht fest. Der Dollar stieg von 187 auf 193.

Die inhaftierten Spanier

Nim wird nicht ausgeliefert

Immer noch ist die Freilassung der drei spanischen Syndikalisten nicht angeordnet, die wegen angeblicher Beteiligung an der Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten Dato verhaftet sind und auf Verlangen der spanischen Regierung ausgeliefert werden sollen. Bezüglich Fort und Frau Fort schweben die Verhandlungen zwischen den verschiedenen beteiligten preußischen und deutschen Ministerien immer noch. Diese beiden Spanier ist die Regierung immerhin formell noch berechtigt, festzuhalten, weil ein, wenn auch unbegründetes Auslieferungsverlangen der spanischen Regierung vorliegt.

Jeder Rechtsgrundlage entbehrt jedoch die weitere Festhaltung des Spaniers Nim. Dieser ist länger als zwei Monate in Haft. Nach dem deutsch-spanischen Auslieferungsvertrag darf aber kein Spanier, der auf Wunsch der spanischen Regierung verhaftet ist, länger als zwei Monate in Haft behalten werden. Nach Ablauf dieser Frist hat er das Recht, seine Entlassung zu fordern.

Das Zentralkomitee der U. S. P. D. hat darum wiederholt in Eingaben und Verhandlungen die Freilassung der Spanier gefordert. Genosse Rosenfeld ist gestern nochmals bei dem preußischen Minister Severing vorstellig geworden, und daraufhin hat der Minister entschieden, daß der Spanier Nim nicht ausgeliefert werden soll. Bezüglich der beiden anderen Spanier schweben noch Verhandlungen. Es ist zu fordern, daß auch diese Spanier der spanischen Justiz nicht ausgeliefert werden. Unsere Genossen müssen durch Massenbesuch unserer heute stattfindenden Protestversammlung die Bemühungen unseres Zentralkomitees unterstützen.

Nationalarmee

Und anderes aus dem Lager des Monarchismus

Unsere Genossen im preußischen Landtag hatten eine Anfrage an die Regierung gerichtet, die sich auf das Bestehen von geheimen rechtsradikalen Organisationen in München bezog. Darauf ist dem Landtage jetzt eine schriftliche Antwort zugegangen, in der es heißt, dem Staatsministerium sei diese Tatsache bekannt, und es sei auch davon unterrichtet, daß sich diese Organisation nach Preußen hin erstreckt. Eine in Frankfurt a. M. ermittelte Vereinigung dieser Art nannte sich „Nationalarmee". Sie stand auch im Zusammenhange mit der Münchener Geheimorganisation, sei aber über die ersten Anfänge nicht hinausgekommen. Es schweben noch Ermittlungen in dieser Angelegenheit, die auch über einen eventuellen Zusammenhang dieser Verbindung mit den Mördern Erzbergers Aufklärung schaffen sollen. Der Oberstaatsanwalt in Frankfurt a. M. habe aber bereits die gerichtliche Voruntersuchung gegen folgende Personen eröffnet:

1. den ehemaligen Schutzpolizeiwachtmeister in Berlin Ernst Sonderhof,
2. den Polizeioberleutnant Arwed Siebert,
3. den Leutnant a. D. Wilhelm Heinz,
4. den Polizeiunterwachtmeister Ludwig Schmidt und
5. den Polizeiunterwachtmeister Eduard Schwertze.

Leutnant a. D. Heinz in Frankfurt a. M. steht außerdem im Verdacht der Mitwisserschaft an der Ermordung Erzbergers.

*

Eine weitere schriftliche Antwort des Ministers Severing, die an den Landtag gelangt ist, bezieht sich auf eine Anfrage, die der Aeußerung zweier Polizeioffiziere in Hamborn über den Mord an Erzberger galt. Die Beamten haben gesagt: „Es ist gut, daß das Schwein tot ist, so werden noch mehrere andere folgen." Minister Severing erklärt in seiner Antwort:

„Die beiden Oberbeamten sind wegen dieses Vorfalles mit Geldstrafe in Höhe der Hälfte bzw. eines Drittels ihres monatlichen Grundgehalts bestraft und außerdem zu anderen Polizeiverwaltungen versetzt worden. Wenn mein Herr Amtsvorgänger diese Bestrafung für eine ausreichende Sühne erachtet hat, so hat ihn hierzu in erster Reihe der Bericht des Regierungspräsidenten bestimmt, nach welchem es sich um zwei sonst äußerst tüchtige, im Dienst erprobte Beamte handelt. Aus diesem Grunde glaubte der Regierungspräsident für ein Verbleiben der Beamten in der Schutzpolizei eintreten zu sollen. Ich habe den Regierungspräsidenten nicht in Zweifel darüber gelassen, daß ich mit Rücksicht auf die Schwere des Vergehens diese Befürwortung nicht billigen kann. Da jedoch die endgültige Entscheidung in der Sache selbst bereits längere Zeit vor meinem Amtsantritt erfolgt war und eine nochmalige Bestrafung wegen ein und derselben, schon einmal mit Strafe belegten Handlung nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen nicht zulässig ist, habe ich von weiteren Maßregeln gegen die beiden Oberbeamten absehen müssen. Die preußische Schutzpolizei muß, entsprechend ihrem Diensteid, treu auf dem Boden der Verfassung stehen. Gegen Schutzpolizeibeamte, die dieser Forderung in ihrer Gesinnung oder Betätigung nicht entsprechen, wird in Zukunft, auch ohne daß es hierfür der Einsetzung eines besonderen Ausschusses bedarf, unnachsichtlich, gegebenenfalls durch Entfernung aus der Schutzpolizei, eingeschritten werden."

Wir nehmen an, daß die letzte Wendung in der Antwort Severings keine leere Drohung ist und daß auch die Polizeibeamten sie nicht als solche auffassen. Alle diejenigen unter ihnen also, die ihrer Gesinnung nach der vom Minister gestellten Bedingung für den Dienst bei der Schupo nicht genügen können, müßten freiwillig aus dem Dienst ausscheiden, wenn sie als ehrliche Kerle und aufrechte Männer gelten wollen.

Der Staatsanwalt schreitet ein

Wir berichteten vor einigen Wochen von der Verleumdung unseres Genossen Breitscheid durch den früheren Sozialdemokraten Kloth, der in der Zeitung „Freies Wort" behauptet hatte, Breitscheid habe sich von der Entente bestechen lassen. Genosse Breitscheid hatte wegen dieser Beleidigung Strafantrag gestellt und auf Antrag des Genossen Rosenfeld hat die Staatsanwaltschaft beim Landgericht II im öffentlichen Interesse gegen Kloth das Ermittlungsverfahren eingeleitet und die Strafverfolgung Kloths übernommen.

Wie steht es mit Ludendorff?

Bereits am 14. Oktober haben unsere Genossen Crispien, Ledebour und Rosenfeld im Reichstag die kleine Anfrage eingebracht:

„Ist gegen General Ludendorff wegen Hochverrats Anklage erhoben und Haftbefehl erlassen worden? Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um Ludendorff zur Verantwortung zu ziehen?"

Bei der Vertagung des Reichstags haben unsere Genossen, um eine Verzögerung der Antwort zu verhüten, auf mündliche Beantwortung verzichtet und um schriftliche Antwort gebeten. Jetzt hat die Regierung drei Wochen Zeit gehabt, die Antwort vorzubereiten. Trotzdem schweigt sie. Die Oeffentlichkeit aber hat ein großes Interesse, endlich Klarheit darüber zu erhalten, ob das Prinzip der Gleichheit aller vor den Gesetzen auf Herrn Ludendorff Anwendung findet oder nicht. Unsere Genossen haben daher den Reichsjustizminister ersucht, nunmehr endlich die kleine Anfrage zu beantworten. Ein diesbezüglicher Brief an den Reichsjustizminister ist bereits abgegangen.

Bandenüberfall im Burgenlande. Am Sonntag wurden im Burgenlande mehrere österreichische Posten von bewaffneten ungarischen Nihilistenbanden angegriffen und teilweise ermordet.

Schlagwetterexplosion

Auf Zeche Lothringen in Gerthe

Dortmund, 4. Januar.

Das Oberbergamt Dortmund teilt mit: In der Mittagsschicht des 2. Januar sind auf der Schachtanlage Lothringen in Gerthe in der Bremskammer eines Ausbruchs der fünften östlichen Abteilung über der zweiten Sohle zwei Beamte und vier Arbeiter von einer Schlagwetterexplosion betroffen worden. Beide Beamte sowie zwei Arbeiter wurden getötet, zwei Arbeiter schwer verletzt. Das Unglück ereignete sich dadurch, daß die Arbeiter bei den Arbeiten in der Seilscheibe die Düsenbewetterung abgestellt hatten.

Das Oberbergamt ist wieder einmal sehr schnell mit einem Urteil über die Ursache des Unglücks bei der Hand, und es formuliert seine Aeußerung so, daß der Eindruck entstehen muß, als seien die Arbeiter an dem Unglück schuld. Diese Voreiligkeit hat sich in ähnlichen Fällen bei näherer Untersuchung schon oft als Unwahrhaftigkeit herausgestellt, und wir erwarten, daß die Untersuchung auch in diesem Falle sofort durchgeführt wird. Wenn die Aussage des Oberbergamts richtig ist, dann muß ermittelt werden, warum die Arbeiter die Bewetterung abgestellt haben. Oftmals werden die Bergarbeiter durch technische Mängel zu solchen Handlungen veranlaßt. Hoffentlich ist nicht wieder ein „revolutionärer" unionistischer Betriebsobmann da, der bei der Untersuchung — schweigt, wie auf Mont Cenis.

Zum Thema Ueberschichten

Beachtenswerte Randbemerkungen

Die Kohlennot und Transportkrise sowie in Verbindung damit die Frage der Ueberschichten im Bergbau haben in diesen Wochen wieder die Körperschaften der Kohlenwirtschaftsorganisation und die Oeffentlichkeit beschäftigt. Bei diesen Erörterungen ist es, wie üblich, zu Vorwürfen gegen die Bergarbeiter gekommen, die zwar von keinerlei Sachkenntnis zeugen, deren Urheber und Verbreiter sich dafür aber auf Ausführungen des Reichskohlenkommissars Mehlich berufen konnten, dessen Sachverständigkeit und Eignung für sein Amt dadurch ebenfalls nicht in das beste Licht gerückt wurden. Mehlich gehörte zu denen, die mit großen Worten und kitschigem Pathos darstellten, alles Heil sei von Ueberschichten und alles Unglück von ihrer Verweigerung zu erwarten. Er versäumte es aber, dafür zu sorgen und einzutreten, daß zunächst die von den Bergarbeitern bestrittenen technischen Voraussetzungen für die Wirksamkeit von Ueberschichten hergestellt und Forderungen der Bergarbeiter bewilligt werden, die diese als Gegenleistung für die Ueberschichten erfüllt sehen wollen. Zudem sind diese Forderungen überfällig, so daß sie auch ohne die Erörterung der Ueberschichtenfrage hätten gestellt werden müssen.

Unsere Bergarbeitergenossen haben sich sofort gegen diese leichtfertige Art, mit lebenswichtigen Wirtschaftsfragen und der Wahrheit umzuspringen, gewandt. Alles, was sie geschrieben und was auch wir abgedruckt haben, wird jetzt bestätigt durch eine offenbar aus dem Christlichen Bergarbeiterverband stammende Zuschrift, die sogar das Stegerwald-Blatt „Der Deutsche" nicht unterdrücken kann. Wir entnehmen der Zuschrift folgendes:

Wenn unsere Industrie vollauf und besser als bisher beschäftigt ist, so begrüßen wir das. Wir (die Bergarbeiter) sind die Letzten, die den großen Wert dieser Tatsache für unsere Volkswirtschaft nicht im vollsten Maße einschätzen. Die Mehrzahl der Bergarbeiter ist auch einsichtig genug, den Schrei nach mehr Kohlen in solcher Zeit zu begreifen und, wenn nicht anders, auch durch Ueberarbeit der Industrie zu helfen. **Erst müssen aber berechtigte Forderungen erfüllt werden, und erst muß die Möglichkeit des Abtransportes der Kohlen gegeben sein.** Das sollte letzten Endes auch der Nichtbergmann begreifen.

Herr Mehlich fordert in dem Augenblick Ueberarbeit, wo infolge der Transportschwierigkeiten nicht nur die Lager mit Kohlen überfüllt sind, sondern auf mehreren Gruben aus der gleichen Ursache heraus Feierschichten eingelegt werden mußten. Die Artikel von Mehlich, mögen sie noch so gut gemeint sein, mußten daher in dieser Zeit eine Wirkung auslösen, die sich der Reichskommissar wohl nichtgedacht hat. Ich kenne Belegschaften, die am gleichen Tage den Ueberschichtenartikel in ihrer Tageszeitung fanden, als sie zum Feiern gezwungen waren. Da gab es bei der Lektüre Randbemerkungen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen.

Vor wenigen Tagen haben dann die Vertreter der Eisenindustrie die Kohlennot besprochen. Wenn wir Zeitungsnachrichten glauben dürfen, so hat man dort die Hauptschuld in der Unlust der Bergarbeiter finden wollen. Weiß man in jenen Kreisen nichts von Transportschwierigkeiten, Ueberfüllung der Läger, Feierschichten usw.? Weiß man nicht, daß die Kohlenförderung auch im Oktober und November trotzdem noch gestiegen ist? Gerade die Vertreter der Eisenindustrie könnten alle diese Tatsachen mit leichter Mühe erfahren. Sie würden dann sicher nicht in dieser unverantwortlich leichtsinnigen Weise über die Bergarbeiter herfallen.

Robert Schmidt, der sozialdemokratische Reichswirtschaftsminister, bläst in das gleiche Horn. Er behauptet: Weil die Bergarbeiter im Frühjahr die Ueberschichten eingestellt haben, darum konnten die großen Verbraucher in der Zeit guter Transportmöglichkeiten sich nicht eindecken, und deshalb haben wir heute die Kohlennot.

Dieser Auffassung muß widersprochen werden. Unser Geld stand damals recht gut. Die Folge davon war eine drohende Flaue in der Industrie und der verringerte Kohlenbedarf. Bei der günstigen Valuta war aber auch hochwertige Auslandskohle beinahe zu Inlandspreisen zu haben. Unser Geld konnte noch mehr steigen, so daß der Inlandspreis über den Weltmarktpreis hinausging. Das alles waren Erwägungen, die auf einmal zu Absatzstockungen auf dem Kohlenmarkt führten. Dem Kohlensyndikat war es sehr schwer, die ganze Förderung, vor allem aber die minderwertigen Sorten, abzusetzen, obgleich die Ueberschichten weggefallen waren. Würde unser Geld sich weiter gebessert haben, statt des wahnsinnigen Valutasturzes, so hätten wir wahrscheinlich Feierschichten einlegen müssen. Also auch hier eine völlig schiefe Darstellung, die der Reichswirtschaftsminister gibt.

Zum Schluß fordert die Zuschrift technische Verbesserungen, Vermehrung der Belegschaften durch geeignete Kräfte und bessere Ausbildung der bergfremden Neuangelegten, restlose Durchführung der zweiten Förderschicht und Beseitigung der Transportschwierigkeiten. „Erst in der letzten Linie darf dann die Frage der Ueberarbeit im Bergbau angeschnitten werden", erklärt der Verfasser.

„Der Deutsche" versieht die Zuschrift mit einer redaktionellen Anmerkung, aus der wohl hervorgehen soll, daß die hier niedergelegte Aufstellung von den christlich organisierten Bergarbeitern nicht restlos geteilt wird. Immerhin stellt sie eine beachtenswerte Stimme dar, die vor allem von den Sozialdemokraten Mehlich und Schmidt nicht überhört werden sollte. Es macht fürwahr einen schlechten Eindruck, wenn Sozialdemokraten den Hetzern im kapitalistischen Lager Material liefern, zumal wenn das Material falsch ist.

Die Durchführung der Entwaffnung

Den PPN geht von zuständiger Stelle folgende Zusammenstellung der auf Grund des Ultimatums und der Entwaffnungsnoten vom Mai 1921 von der Reichstreuhandgesellschaft zur Zerstörung übernommenen Bestände an Waffen, Munition und Kriegsgerät nach dem Stande vom 15 November 1921 zu:

546 Geschütze, 546 Geschützrohre, 978 Lafetten, 2 465 143 Stück Artilleriemunition und Minen, 2 022 197 Stück Zünder-Artilleriemunition, 3 950 661 Kilogramm Pulver und Sprengstoff, 1577 Minen- und Granatwerfer, darunter 334 Signalwerfer, 9902 Maschinengewehre, 415 512 Gewehre, Karabiner und Tankgewehre, 27 242 Revolver und Pistolen, 246 482 blanke Waffen, 2 419 356 Gewehr-, Wurf- und Handgranaten, 2 849 260 Zünder für Handgranaten, 62 735 477 Stück Handwaffenmunition, 420 842 Kartuschen aller Art, 839 963 Sprengladungen und Sprengpatronen, 18 283 Wagen aller Art, 1357 Feldküchen.

Außerdem große Mengen an sonstigem Kriegsgerät, wie Geschütz-Ersatz- und -Zubehörteile, optischen Geräten, Nachrichtengerät, Brückengerät und Pontons, Gasschutzgerät, Werkzeugen aller Art, Feld- und Förderbahngerät, Geschirr- und Stallsachen, Wagenzubehörteilen, Textilien, Feldküchengeräten, Schiffszubehörteilen, ferner 120 Feldbacköfen, 214 Kraftwagen, 35 Kraftwagenanhänger, 18 Motorräder, 289 Fahrräder, 12 232 Armeesättel, 2557 Rocksättel, 2321 Sielengeschirre, 500 000 Platzpatronen.

Massen heraus! Massen heraus!

Die Vertretung der deutschen Republik, die Regierung, will die wegen politischer Vergehen hier inhaftierten Spanier ausliefern!

Auf zum Protest

in der öffentlichen Versammlung

am Donnerstag, den 5. Januar 1922 abends 8 Uhr, in der Brauerei Königstadt, Berlin N, Schönhauser Allee 10

Tagesordnung:

Gegen die Auslieferung! — Für politisches Asylrecht!

Referent: **Reichstagsabgeordneter Dr. Kurt Rosenfeld**

*

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Parteigenossen u. Genossinnen erscheint vollzählig zum gemeinsamen energischen Protest!

Bezirksverband Berlin-Brandenburg USPD.

Berliner Miesbacher

Zu Neujahr ist der Reichshauptstadt Heil widerfahren: es hat seit dem ersten Januar seinen eigenen Mießbacher. Was bisher aus dem Auslande der bayerischen Reaktion bezogen werden mußte, soll nun in unserer Mitte kultiviert werden. Der Ruhm des echten Miesbacher ließ einigen Talmi-Schmierfinken keine Ruhe. Und so gingen sie hin und begründeten einen eigenen Komposthaufen zur Ablagerung ihrer Perversitäten. Warum? Sie beantworten diese Frage in dem Leitartikel der Nr. 1 des „Berliner Miesbacher" vom 2. Januar 1922 selbst, und zwar so:

„Wir haben uns nicht verhehlt: Der Name „Miesbacher" hat in Berlin einen etwas berüchtigten Klang. Wir sind eben keine Süddeutschen. Wenn der Bayer oder Württemberger „Scheiße" sagt, ist das für ihn ein salonfähiger Ausdruck; aber der stubenrein erzogene Berliner Bürger rümpft die Nase und steht betreten zur Seite. Hand aufs Herz: Tut uns in Berlin nicht auch ein mutiger und kräftiger Ton not? Hier, wo soviel geschoben und gevölkert, soviel falsche und schlechte Politik gemacht wird? In Berlin ist ja die Sauerei so groß, daß man wirklich keine Wildlederhandschuhe anziehen kann, wenn man da auskehren will."

Weitere Proben möchten wir unseren Lesern nicht zumuten. Der „mutige und kräftige Ton", den die Berliner, die seiner bedürfen, von nun an nicht mehr zu entbehren brauchen, scheint uns damit auch genügend gekennzeichnet. Das Blatt soll als „nationale Montagszeitung" erscheinen. Wir haben indes zum guten Geschmack und politischen Reinlichkeitsbedürfnis des Berliner Publikums soviel Vertrauen, daß wir erwarten, das Blatt wird in Berlin nur die Rolle eines unfreiwilligen und schlechten Witzblattes spielen. Wir hoffen, daß an diesem Blatte selbst das Wort wahr wird, das in einem anderen Artikel der gleichen Nummer ausgesprochen wird. Dort heißt es in einem für diese Sorte merkwürdig fremden Ton:

„Wer (in Berlin) frühmorgens in den Straßen und in den überfüllten Bahnen das unendliche Heer der unermüdlich Tätigen gewahrt, in deren Gesichtern wohl der Ernst der Zeit, nichts aber vom taumelhaften Tanz auf dem Pulverfaß geschrieben steht, muß einsehen, daß **Berlin nicht zu verderben ist, trotz allem Absud, der von draußen hereinströmt.**"

Immerhin: Das Jahr fängt gut an . . . . .!

Das Ringen um Danzig

Der schlecht unterrichtete „Vorwärts"

Aus Danzig wird uns geschrieben: Der „Vorwärts" hat in seiner Abendausgabe vom 27. Dezember unter obiger Ueberschrift einen Artikel veröffentlicht, aus dem wir zur Vermeidung falscher Legendenbildung folgendes Zitat wiedergeben:

Einiges noch über gewisse „revolutionäre" Politiker in Danzig! Der Völkerbund forderte die Verkürzung der Amtszeit der hauptamtlichen Senatoren von 12 auf 4 Jahre. Kommunisten und Unabhängige sahen in diesem Verlangen demokratische Einsicht der Entente und begrüßten diesen Schritt im Volkstage, obwohl der Völkerbundrat die Einführung anderer für große Bevölkerungskreise weit wertvollere demokratische Maßnahmen nicht forderte! Die vier Jahre verlangte er offensichtlich aus der Erwartung einer baldigen Polonisierung der zu 97 Prozent — bestimmt in ihrer Arbeiterschaft — deutschen Stadt! Nun hat der Senat beim Volkstage die Ersetzung der 12 durch 4 Jahre in der Verfassung beantragt. Jetzt aber erklären die Kommunisten und Unabhängigen, daß sie die verfassungsmäßige Mehrheit für die notwendige Verfassungsänderung nur dann zulassen, wenn der Senat ihnen auf dem Wege des Kuhhandels in anderer Weise entgegenkommt. Dabei besteht die sehr dringende Gefahr, daß bei Nichtzustimmung des Volkstags die 12 Jahre bleiben oder aber die Entente die Verfassung diktiert und damit die Selbstverwaltung Danzigs völlig in Scherben geht. Die Sozialdemokratische Fraktion, auf die es hierbei entscheidend ankommt, macht das Spiel mit dem Schicksal Danzigs nicht mit. Sie hat durch ihren Vorsitzenden, den Vizepräsidenten des Volkstages, Genossen Gehl, erklären lassen, daß sie für die vier Jahre in demokratischer Pflichterfüllung stimmen wird!

Soweit der „Vorwärts". Der Artikelschreiber hat in seiner nationalen Verblendung die Stellungnahme seiner Fraktion falsch wiedergegeben. Die Sozialdemokratische Fraktion hat gemeinsam mit den Unabhängigen und Kommunisten die Festsetzung der vierjährigen Amtsdauer für den Senat abgelehnt und dadurch die vom Senat gewünschte Verfassungsänderung zu Fall gebracht. Es geschah also das Gegenteil dessen, was im „Vorwärts"-Artikel behauptet wurde. Die Unabhängige Sozialdemokratische Fraktion des Danziger Volkstags hat schon bei der Verfassungsberatung den Antrag auf Bildung einer rein parlamentarischen Regierung mit Verantwortlichkeit gegenüber dem Volkstag gestellt. Dieser Antrag wurde jetzt von den Rechtssozialisten wieder aufgenommen und von allen sozialistischen Parteien unterstützt. Der angebliche Kuhhandel der Unabhängigen und Kommunisten bestand also in der Wahrung der sozialistischen Grundsätze. Der Artikel des „Vorwärts" hat den Rechtssozialisten Danzigs einige Kopfschmerzen verursacht. So ist es, wenn die rechte Hand nicht weiß, was die linke tut.

Calonder in Oberschlesien

Der vom Völkerbundsrat mit dem Vorsitz in den deutsch-polnischen Verhandlungen in Oberschlesien beauftragte ehemalige schweizerische Bundespräsident Calonder ist in Oberschlesien angekommen. In seiner Begleitung befinden sich einige schweizerische technische und wirtschaftliche Sachverständige. Zu dem Aufenthalt Calonders in Oberschlesien ist von der deutschen und der polnischen Delegation ein Programm vereinbart worden, dem Bundesrat Calonder zugestimmt hat. Dabei hat Calonder wiederholt betont, daß er den Zweck seiner Reise darin erblicke, sich und seinen Begleitern ohne Voreingenommenheit ein möglichst eingehendes objektives Bild von den wirtschaftlichen, nationalen und kulturellen Verhältnissen des Abstimmungsgebiets zu verschaffen. Als eine seiner vornehmsten Pflichten betrachtet es Calonder, in möglichst enge Fühlung zur Bevölkerung zu treten und die Wünsche aller Stände und Schichten des Volkes persönlich entgegenzunehmen.

Im Verfolg dieses Programms sind drei Tage für eine gründliche Besichtigung der wichtigsten Anlagen des Industriegebiets bestimmt. Am 5. Januar wird Calonder den an Polen abzutretenden Bezirk, am 7. Januar den deutschbleibenden Teil des Zentralreviers besichtigen, und am 9. Januar wird die Reise sich auf die industriellen Gebiete in den Kreisen Pleß und Rybnik erstrecken. Am 6. Januar, dem Tage der Heiligen drei Könige, und am Sonntag, den 8. Januar werden die Schweizer Herren in möglichst weitgehendem Maße die Vertreter aller Stände der Bevölkerung empfangen.

Das Programm wird naturgemäß noch ergänzt durch eingehende Besprechungen Calonders mit den beiderseitigen Bevollmächtigten und, soweit es wünschenswert erscheint, auch mit den Vorsitzenden derjenigen Unterkommissionen, in denen bisher keine Einigung erzielt werden konnte.

Die Leipziger Kriegsverbrecher-Urteile

EE. Paris, 4. Januar.

Durch eine auf der letzten Tagung des Obersten Rates gefaßte Resolution wurde die Bildung einer Kommission angeordnet, die dem Obersten Rate Bericht über die Leipziger Prozesse erstatten soll. Diese Kommission wird am kommenden Freitag auf dem französischen auswärtigen Amt zusammentreten. Frankreich ist darin durch den Justizminister Bonnevay und den Generaladvokaten am Cassationsgerichtshof Matter, der auch bei den Leipziger Verhandlungen zugegen war, vertreten, England durch den Solicitor General Alfred Pollock und Hewart, Italien durch Raimoni, Belgien durch Servais und Van Elvick.

Der Hauptmann von Köpenick tot. Aus Luxemburg wird gemeldet: Der sogenannte „Hauptmann von Köpenick", der Schuhmacher Wilhelm Voigt, ist hier im Alter von 71 Jahren gestorben. Er lebte seit Jahren in der Hauptstadt des Großherzogtums und war mit einer Luxemburgerin verheiratet.

Ausschneiden!

Drucksache

An die

Hauptexpedition der „Freiheit"

Berlin C 2

Breite Straße 8-9

INVENTUR-VERKAUF

IN FAST ALLEN ABTEILUNGEN!

„Was wir bieten"

Waren z. T. unter Herstellungspreis, z. T. bis zur Hälfte herabgesetzt

Kein Verkauf an Wiederverkäufer — Mengenabgabe vorbehalten

Hauswäsche

Küchen-Handtuch grau Drell, gesäumt und gebändert 9⁵⁰

Stuben-Handtuch weiss Drell, gesäumt und gebändert 13⁵⁰

Kissenbezüge Grösse 80×80, aus gutem Wäschestoff 45⁰⁰

Deckbettbezüge Gr. 130×200, aus gutem Wäschestoff 135⁰⁰

Gardinen

Halbstores mit Volant 78⁵⁰

Künstler-Garnituren 3 teilig 98⁰⁰

Bettdecken 1 teilig 98⁰⁰

Scheibengardinen .... Meter 4⁷⁵

Lederwaren

Schultornister für Knaben u. Mädchen, schwz. u. braun Rindleder 125⁰⁰

Frühstückstaschen für Kinder, zum Umhängen, schwarz und braun Rindleder 18⁷⁵

Geldscheintasche schwarz u. farbig Leder, versch. Ausführ. 18⁵⁰

Besuchstasche schwarz und farbig echt Leder 27⁵⁰

Damentresor verschiedene Formen, gutes Leder 9⁷⁵

Ledergürtel weiss und rot Lack, moderne schmale Form 7²⁵

Grosse Posten

Reste und Kupons

ohne Rücksicht auf die früheren Preislagen

Schuhwaren

Damen-Spangenschuhe mit und ohne Ledersohlen, unsortierte Grössen 9⁷⁵ 12⁷⁵

Halbschuhe für Damen, verschiedene Lederart 98⁰⁰

Damen-Stiefel in schönen, modernen Formen und verschiedenen Lederarten .. 158⁰⁰

Damen-Stiefel Lackbesatz, Hochschaft, auch mit grau Wildledereinsatz 275⁰⁰

Kinderkleidung

Mädchen-Kleid 50–90 cm lg., gestreifter Waschstoff .. ca. 60 cm lang 59⁰⁰ Weit. Gr. 7,00 mehr

Knaben-Anzug für 3–8 Jahre weiss-mar. gestr. Waschst., für ca. 3 Jhr 84⁰⁰ Weit. Gr. 6,00 mehr

Mädchen-Kleid 60–90 cm lg., mar.-weiss gestr. Waschstoff, 60 cm lg. 75⁰⁰ Weit. Gr. 7,00 mehr

Mädchen-Kleid 60–90 cm lg., dunkelgrundiger Waschstoff, 60 cm lg. 85⁰⁰ Weit. Gr. 8,00 mehr

HERMANN

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne 7½ Uhr: Masse Mensch

Neues Volkstheater Prinzenstr. 68. 7½ Uhr: Die Gezierten / Zerbrochene Krug

Staatstheater. Opernhaus 6½ Uhr: Violetta. Schauspielhaus 7½ Uhr: Peer Gynt

Theater i. d. Königgrätzer Str.: 7.30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue (Blühner, Richard, Engl, Prückl, Stieda, Dernburg)

Komödienhaus: Allabendlich 7.30 Uhr: Karussell mit Maria Orska, Joh. Riemann, G. Alexander

Berliner Theater: Täglich 7.30 Uhr: Prinzessin Olala. Fritzi Massary a. G. Ralph Arth. Roberts, Pepi Zampa, Herb. Kiper

Dir.: Max Reinhardt **Deutsches Theater** 7½ Uhr: Louis Ferdinand Prinz von Preußen

Kammerspiele U.: Der Hühnerhof

Großes Schauspielhaus Karlstraße 7½: Orpheus i. d. Unterwelt

Komische Oper 7½, allabendlich 7½, Die große Ausstattungs-Operetten-Revue Der Herr der Welt

Wallner-Theater Täglich 7½ Uhr Spitzenkönigin

Theater des Ostens (Rose-Theater) 7½ U.: Verlorenes Glück (Spreewathener)

Casino Theater Nur noch kurze Zeit Der Weg zum Glück Stg. 3½: Onkel Samm

Theater am Nollendorfplatz 7 Uhr: Die Ehe im Kreise

Residenz-Theater 7½ Uhr: Das weite Land (rote Triesch. Arnold Korff)

Trianon-Theater Heute 7½. Zum 1. Male: Elga v. Gerhart Hauptmann

Apollotheater Friedrichstraße 214. Gr. Varieté-Ausstattungsprogramm Rund um die Welt. Sensationen! Effekte! 5 große Ballette!

Walhalla-Theater 8 Uhr: Jung muß man sein

Theater a. Kottbuser Tor Tel.: Mpl. 10077. Tägl. 7½ U. u. Stg. nach. 3 U. Elly Sänger Mitthea-Konz. Vok. 11–1½ u. 4–6

Circus Busch Tgl. 7½, Stg. auch 3 U. Pferde-Sensation! 50 Pferde i. gl. Zeit Das Pferdekarussell. Neue Sensationen. Z. Schl. ind. Menagesch. Die Schlange d. Durga. Bekl. Wertheim u. Circuskassen

Neue Welt Hasenheide 108-114. ab Sonntag, den 8. Januar, täglich die beliebten Bockbierfeste in den bayerischen Alpen. 8 Kapellen. Wunderbare Dekoration. Einlaß 4 Uhr. 30 bayerische Madl

Kleines Theater Heute ½8 Uhr: Jaqueline. Carola Toelle, Falkenstein

Metropol-Variété Behrenstraße 54. 7½ Uhr: 11 Attraktionen

Residenz-Casino Blumenstraße 10. Das Paradies der Witwenbälle. Nur Rundtänze

---

Allgem. Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Köpenick

Durch Beschluß des Vorstandes wird auf Grund des Gesetzes vom 14. Dez. 21 der tägliche Grundlohn bis auf 60 Mk. erhöht. Betreffs der Stufeneinteilung und der Berechnung der Beiträge verweisen wir auf den allen Arbeitgebern zugegangenen Fragebogen sowie auf die zugestellte Beitragstabelle. Druckexemplare derselben sind im Kassenlokal erhältlich.

Die Änderung tritt mit dem 1. Januar 1922 in Kraft. Ferner weisen wir noch darauf hin, daß die Versicherungsgrenze ab 1. Jan. 1922 auf 40000 Mk. erhöht ist. Wir ersuchen demgemäß, die in Frage kommenden Angestellten, welche der Versicherungspflicht wieder unterliegen, umgehend wieder zur Kasse zu melden.

Stadt.-Köpenick, 3. Jan. 1922

Der Vorstand
Otto Richel, Vorsitzender
Fr. Murchen, Schriftführer

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr 83–85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon Amt Norden Nr. 833—836

Achtung! Achtung!

Drahtarbeiter

Am Sonntag, den 8. Januar 1922, nachmittags 9 Uhr

Branchen-Versammlung

aller in der Drahtindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Tagesordnung

1. Bericht der Verhandlungskommission über unser letztes Lohnabkommen.
2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Es ist Pflicht aller Kolleginnen und Kollegen pünktlich und bestimmt zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Automateneinrichter

für Offenbacher, Wattig- und Steinhäuser-Automaten suchen

Erdmann & Groß / Ritterstraße 11

U. S. P. D. Wahlverein Britz-Buckow

Unseren Parteimitgliedern zur Kenntnis, daß unser langjähriges Mitglied, der frühere Gastwirt **Rudolf Bergemann** gestorben ist. Derselbe gehört seit 1898 unserer Partei an.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Freitag, den 6., abds. 6 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt. Rege Beteiligung erwartet

der Vorstand des Wahlvereins Britz-Buckow.

Auf Teilzahlung. Herrenanzüge, Cuteways, Ulster, Schlüpfer, moderne Maßarbeit. Bequeme, diskrete Ratenzahlung. Leiser Gottlieb, Nollendorfstr. 22 a, Nähe Nollendorfplatz. Geöffnet 9—7.

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

1 Exemplar der **zweimal** täglich erscheinenden Zeitung

„Freiheit"

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

mit den

Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauenwelt" u. „Jugend-Genosse"

zum Preise von Mk. 21.— monatl., Mk. 10.50 halbmonatl.

bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____

Ort: _____ Straße: _____ Nr. _____

(Namen deutlich schreiben, Wortlaut genau ausfüllen: vorn, Hof, Eltl., Durchgeh.)

Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Str. 8–9, einzusenden.

Ausschneiden!

Gänsefedern weißflaumig, a. ungerissl., aus erster Hand. Paul Pegelow Kriesow i. S. Gelbl.

Hautjucken Hautausschlag, Art Krätze beseitigt das schnell heilende Mittel **Peruviania**. Sicherster Erfolg, leichte Anwendung. 1 Person 10 Mk., 2–3 Personen 15 Mk. franko. Eckolta-Werke, Essen I, Vereinsstraße 35

Altmetalle zahle hohe Preise. Oderberger Str. 1. Amt Humb. 1bt 417

Altmetalle unüberbietbare Preise zahlt Radestr. 34, Hof

Taschenbatterien bestes Fabrikat, 100 Stück 350 Mk. Berliner Konstruktionswerk, Alexandrinenstr. 95–96.

Dukaten-Gold 900 gest. 14 karat. Gold 585 gest. 8 karat. Gold 333 gest. Stück von 35.00 Mark **Trauringe** billiger. Stets vorrätig am Lager. Trauringfabrik Mikoga, Berlin O, Grüner Weg 69. 1. Filiale: Dresdener Str. 31. 2. Filiale: Schönhauser Allee 80.

Kapitän-Rautabak Mk. 4.— das Stück im Einzelverkauf. Feinst. Geschmack; stets frisch. Zu kaufen in den Zigarrengeschäften usw. Generalvertrieb E. Röcker, Berlin, Pichelsberger Str. 22 (Tel.: Kpk. 3661)

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof

Bekanntmachung

Durch Gesetz vom 14. Dezember 1921 ist die versicherungspflichtige Einkommensgrenze von 15000.— Mk. auf 40000.— Mk. erhöht worden.

Die Lohnstufen und Beiträge gestalten sich jetzt wie folgt:

Lohnstufe	Kassenmitglieder mit einem Tagesentgelt	Grundlohn Mk.	Beiträge Mk.
1	von bis Mk. 6.—	6.—	0.45
2	Mk. 6.01 „ „ 12.—	12.—	0.90
3	„ 12.01 „ „ 18.—	18.—	1.35
4	„ 18.01 „ „ 24.—	24.—	1.80
5	„ 24.01 „ „ 30.—	30.—	2.25
6	„ 30.01 „ „ 36.—	36.—	2.70
7	„ 36.01 „ „ 42.—	42.—	3.15
8	„ 42.01 „ „ 48.—	48.—	3.60
9	„ 48.01 „ „ 54.—	54.—	4.05
10	über Mk. 54.—	60.—	4.50
A	Lehrlinge ohne Entgelt	2.—	0.225

Das Kranken- und Wochengeld beträgt nach wie vor die Hälfte des Grundlohns.

Diese Neuregelung tritt mit dem 1. Januar 1922 in Kraft.

Berlin-Tempelhof, den 31. Dezember 1921.

Der Vorstand
Paul Köllmer, Vorsitzender. Carl Schmelling, Schriftführer.

Inventur-**Ausverkauf**

Rücksichtslos herabgesetzte Preise

Russische Linotype-Setzer sucht H. S. Hermann & Co., Berlin SW 19, Fruchtstr. 4

Glühlampen Halbwattlampen u. sämtl. Elektro-Artikel. Material kauft Schröder, Berliner Str. 101, Fabrikgeb. III.

Platin 350.- da dringender Bedarf! **Gold / Silber** zu höchsten Preisen kaufen. Bauer & Engl, Stallschreiberstr. 12. Freiheitsbund.

Botenfrauen sofort gesucht

Spedition Franke, Genter Straße 34

Spedition Sinner, Skalitzer Straße 101

Spedition Kolbe, O, Weberstraße 25

In der Tauentzienstraße

„. . . . . . in der Tauentzienstraße! . . . . . . in der Tauentzienstraße . . . .!“

Von weitem schon höre ich diesen Ruf in warenanpreisendem Tone. Davor und dahinter werden auch noch Worte gerufen; aber sie werden verschlungen vom Lärm der belebten Straße. Von dem Lärm der Wagen, Autos und Elektrischen, von dem Geschwätz und Lachen der geschäftig bummelnden Welt und von dem aufdringlichen Parfümgeruch, der wie ein ewiger Nebel hier lastet. Hier herrscht an keinem Tage frische, gesunde Luft. Daher begegnet man hier auch so vielen kranken Menschen.

„. . . in der Tauentzienstraße, nur 2 Mark!“

Ich komme dem Marktschreier immer näher, und endlich verstehe ich genau:

„Amor in der Tauentzienstraße, nur 2 Mark!“

Und dabei läßt der frierende, alte Mann einen kleinen geflügelten Knaben auf- und niedertanzen — an einer Gummischnur auf und nieder.

„Wer ist denn eigentlich Amor?“ frage ich.

„Ein Engel!“ bekomme ich zur Antwort.

„So! Ein Engel?“

Und ich denke: Ein Engel in der Tauentzienstraße.

Selten!

Amor in der Tauentzienstraße?

Nun, wie man's nimmt: recht häufig. Aber — Amor in der Tauentzienstraße für 2 Mark?

Nie!

Und immer wieder sehe ich vor mir den geflügelten Knaben an der Gummischnur auf- und niedertanzen.

Amor an der Gummischnur . . .
O, die Liebe ist ein sehr dehnbarer Begriff!
Und besonders in der Tauentzienstraße. . . .

Fritz Jacoby.

Wohnung mit Bad

Nicht nur jeder Gärtner, sondern auch jeder Laie weiß, daß, wenn man Pflanzen nicht genügend Luft und Sonne gibt, diese verkümmern oder ganz und gar eingehen. Was bei Pflanzen zutrifft, hat in dieser Beziehung auch Geltung für Tiere und Menschen. Wie sehr die Menschen mit ihrer vielgepriesenen Vernunft dieser Tatsache Rechnung tragen, beweisen die Arbeiterwohnungen — die Mietskasernen. Enge Höfe ohne Licht und Sonne, schmutzige und unfreundliche Aufgänge, in den Wohnungen große Familien, manchmal mehrere zusammengepfercht — kurz: das Elend der Arbeiterschaft erfährt durch die Wohnungsmisere eine ungeheure Steigerung.

Aber auch die Wohnungsmisere erfährt nochmals eine Steigerung und Verschärfung durch die mangelhafte Instandhaltung der Wohnungen durch die Hauswirte. Was sich in dieser Beziehung die Hausagrarier alles leisten, ist unbeschreiblich. Unzählige Wohnungen sind derart feucht, daß sich die Schimmelpilze an den Wänden in riesigen Kolonien festsetzen und die Tapeten von den Wänden fallen.

Ein Muster dieser Art von Wohnungen ist die Kellerwohnung im Hause Buchholzer Straße 7. Eigentümerin des Hauses ist die Neue Boden-Aktien-Gesellschaft, Mittelstr. 2-4. In der Wohnung ist es derart feucht, daß sämtliche Tapeten abblättern. Ein muffiger Geruch nimmt einem fast den Atem. Und hier wohnen neben den Eltern auch einige Kinder. Ein Nebenzimmer kann überhaupt nicht benutzt werden, weil durch Wasserrohrbruch der Klosettanlagen die Decke durchgebrochen ist und ganz einzustürzen droht. Ein anschließender Kellerraum steht fußhoch unter Wasser.

Die „hochwohllöbliche“ Baupolizei hat auf Beschwerde hin die Wohnung besichtigt, und der Beamte erklärte uns, die Besitzerin sei doch sehr kulant. Wir sind der Meinung, daß die Baupolizei der Gesellschaft gegenüber noch kulanter ist, denn bis heute ist nichts geändert, trotz der Recherchen der Baupolizei. Für was brauchen wir denn überhaupt eine Baupolizei mit samt ihrem kostspieligen Apparat, wenn sie nichts gegen derartige schreiende Mißstände unternimmt? Vielleicht empfiehlt sie dem Herrn Direktor der Neuen Leder-Aktien-Gesellschaft, diese Kellerwohnung samt der eigentümlichen Badeanlage zu beziehen — dann würde sicher bald eine Aenderung der Mißstände eintreten. Es ist ein unerhörter Zustand, daß überhaupt derartige Wohnungen, in der man nicht einmal Vieh halten könnte, als Wohnung für Mensch n freigegeben werden.

Trotz dieser skandalösen Zustände, die durchaus nicht vereinzelt vorkommen, denkt man noch immer nicht an die Ausführung des von den Gewerkschaften und sozialistischen Parteien vorgelegten Bauprogramms, obwohl nur damit den täglich sich stärker bemerkbar machenden überaus traurigen Wohnungsverhältnissen ein Ende bereitet werden kann.

Ein Glas Tee = 10 Mark

Die Preise in den Luxus-Bars, Hotels und Restaurants bildeten gestern den Gegenstand eingehendster Erörterungen vor dem Wuchergericht des Landgerichts III. Angeklagt wegen Preiswuchers war der Hoteldirektor Lindemann vom „Hotel am Tiergarten“.

Ein Architekt Schwarz aus Charlottenburg hatte eines Tages das dem Hotel angegliederte Café besucht und dort für einen Tee 4,50 M. bezahlt. Als er sechs Tage später in dem gleichen Raum für ein Glas Tee 10 M. und für eine Scheibe Baumkuchen 12 M. bezahlen mußte, erstattete er Strafanzeige. Vor Gericht bestritt Direktor Lindemann das Vorliegen wucherischer Preise. Das Hotel sei nach dem Kriege mit einem Kostenaufwand von 21 Millionen umgebaut worden und habe zu Anfang, wie es allgemein üblich sei, zur Einführung verhältnismäßig „billige“ Preise festgesetzt. Von Rechtsanwalt Dr. Abrahamsohn wurde geltend gemacht, ein Besucher einer Luxusbar usw. wolle die ganze Aufmachung, die Musik, die Teppiche, Spiegel, die künstlerische Beleuchtung genießen, elegante Frauen sehen usw., Dinge, die mit dem Wort „täglicher Bedarf“ in juristischem Sinne bestimmt nicht zu identifizieren seien. Außerdem wisse jeder daß er den ihm gebotenen Luxus mitbezahlen müsse, so daß die Speisen und Getränke bei den heutigen Löhnen (!), Strompreisen usw. natürlich das Dreifache und mehr von dem betragen, was sonst üblich sei.

Der Sachverständige, Konditoreibesitzer Teschendorf, bekundete in einem Gutachten, daß der Preis für den Baumkuchen angemessen sei, daß aber die ganze vorliegende Frage eigentlich mehr Sache der Beurteilung eines Sachverständigen sei, welcher die Bücher des Hotels einer Nachprüfung bezüglich der Unkosten unterzogen habe. Erst dann lasse sich sagen, ob die Preise wucherischer Art seien. Während der Staatsanwalt selbst die Freisprechung beantragte, hielt das Gericht doch noch die Zuziehung eines weiteren Sachverständigen für geboten, welcher aus den Büchern feststellen soll, welche Zuschläge zu den sonst üblichen Preisen einem sogenannten Luxusbetriebe erlaubt seien.

An unsere Abonnenten!

Neuerdings mehren sich die Klagen unserer Leser über unregelmäßige Zustellung der „Freiheit“. Die Ursache ist, daß zur Zeit eine große Anzahl unserer Botenfrauen an Influenza und Grippe erkrankt ist. Diese Erkrankung ist zurückzuführen auf die zur Zeit herrschende ungesunde Witterung, von der die Zeitungsausträgerinnen noch mehr als alle anderen betroffen werden. Bei jeder Witterung, meist in frühen Morgenstunden, müssen sie ihre schwere Arbeit verrichten. Alle Bemühungen des Verlages und der Spediteure der „Freiheit“, unter diesen Umständen Ersatz für erkrankte Frauen zu beschaffen, sind nur selten von Erfolg.

Bei allen anderen Tageszeitungen ist der gleiche Zustand der unregelmäßigen Bestellung vorhanden. Obwohl schon jetzt die „Freiheit“ den Botenfrauen eine bessere Bezahlung wie alle anderen Verleger gewährt, ist eine weitere Heraufsetzung der Löhne in kürzester Zeit geplant. Eine Besserung in der Bestellung für die nächste Zeit wird dadurch möglich sein, daß sich arbeitslose Genossen ihrem zuständigen Spediteur aushilfsweise zur Verfügung stellen. Mit dem Eintritt besserer Witterung wird dann die Bestellung wieder eine regelmäßige sein.

Im Falle des Ausbleibens der „Freiheit“ ersuchen wir unsere Leser, sich sofort an den zuständigen Spediteur zu wenden. Der Verlag wird alles daransetzen, für eine ordnungsgemäße Zustellung Sorge zu tragen.

Der Verlag der „Freiheit“, G. G. m. b. H.

Die Eisenbahndirektion Berlin teilt mit: Von Mittwoch, den 4. Januar d. J. ab fallen die Züge D 32 (Berlin Anhalter Bahnhof ab 8 Uhr 20 Min. vorm.) und D 33 (Berlin Anhalter Bahnhof an 10 Uhr 58 Min. nachm.) zwischen Erfurt und Berlin aus. Reisende nach Stuttgart, Ludwigshafen und Kissingen müssen ab Berlin bis Erfurt den Zug D 42 (Berlin Anhalter Bahnhof ab 8 Uhr 5 Min. vom.) benutzen, in umgekehrter Richtung wartet der Zug D 43 (Berlin Anhalter Bahnhof an 10 Uhr 8 Min. nachm.) in Erfurt den Anschluß von Zug D 33 ab. Vom gleichen Tage ab verkehren die Züge D 22 (Berlin Anhalter Bahnhof ab 8 Uhr 50 Min. vorm.) und D 29 (Berlin Anhalter Bahnhof an 8 Uhr 59 Min. nachm.) nur noch zwischen Berlin und Hof.

Volksbildungsamt Neukölln. Infolge Behinderung des Generalmusikdirektors Leo Blech sieht sich das Volksbildungsamt Neukölln genötigt, die auf den 8. Januar und 5. Februar 1922 angesetzten weiteren Konzerte der Staatskapelle in der Aula des Reform-Realgymnasiums aus dem Gesamtprogramm auszuscheiden. Bereits gekaufte Eintrittskarten werden gegen Erstattung des gezahlten Betrages im Bureau des Volksbildungsamtes Neukölln, Rathaus, Zimmer 257, zurückgenommen. Am 8. Januar findet keine Veranstaltung statt. Für den 5. Februar ist das Hopf-Trio (Cello, Harfe, Klavier) gewonnen worden.

Volkshochschulkurse in Reinickendorf. Dem Ersuchen des Volksbildungsamtes Reinickendorf, außer der Arbeitsstätte in Tegel auch in den anderen Orten des Bezirks Kurse einzurichten, hat die Volkshochschule Groß-Berlin nur in bezug auf Reinickendorf selbst entsprochen. Für Reinickendorf-Ost und -West sind folgende Kurse vorgesehen: „Einführung in die Mathematik“, Beginn 10. Januar 22, Realgymnasium. — „Weltreiche von heute“, Beginn 13. Januar 22, V. Gemeindeschule. — „Einführung in die Betrachtung von Kunstwerken“, Beginn 10. Januar 22, Realgymnasium. — „Die Kunst in der Erzählung“, Beginn 12. Januar 22, V. Gemeindeschule. — „Einführung in die Philosophie“, Beginn 9. Januar 22, Realgymnasium. — „Das deutsche Volkslied“, Beginn 11. Januar 22, Realgymnasium.

Kleine Lokalnachrichten

In der Dienstagnacht saßen der Schlosser Walter Sch. und der Lehrer Richard R. friedlich mit einer Dame in dem Café „Rathaus“ in der Bergstraße in Neukölln. An einem der Nebentische hatte sich eine siebenköpfige Gesellschaft niedergelassen, die die anderen Gäste des Lokals hänselte und besonders die drei genannten Personen aufs Korn nahm. Die Ruhestörer forderten die Dame auf, doch an ihren Tisch zu kommen, und bewarfen die beiden Begleiter derselben mit Bieruntersätzen. Nach einer erregten Auseinandersetzung kam es zu einer Schlägerei, in deren Verlauf einer der Ruhestörer dem Schlosser Sch. mit einem Beil die rechte Hand fast vollkommen abschlug. Der Lehrer R. trug am Kopfe mehrere Verletzungen davon. Einer herbeigerufenen Streife gelang es, zwei der Täter, den Schlächtergesellen Erich J. und den Kutscher Max H., beide aus der Prinz-Handjery-Straße, festzunehmen, während die anderen entkamen. Sch. wurde nach dem Buckower Krankenhause geschafft. — Als Dienstag nacht der Kaufmann Otto Sch. durch seinen Laden in der Motzstraße seine Wohnung aufsuchen wollte, versuchte ein junger Mann, sich mit hineinzudrängen. Auf die Hilferufe des Sch. eilte eine Streife herbei, die den Täter festnahm. Er wurde als der 24jährige Reisende Franz T. festgestellt und der Kriminalpolizei übergeben. Sch. hatte eine Brieftasche mit 21 000 Mark bei sich, was T. gewußt und auf die er es abgesehen zu haben schien. — An der Ecke der Uhland- und Güntzelstraße überfiel in der vergangenen Nacht der Friseur Albert H. aus Charlottenburg eine Dame und entriß ihr die Handtasche mit 200 Mark Inhalt. Passanten verfolgten den Täter und nahmen ihn fest. Auf der Prager Wache wurden seine Personalien festgestellt. — Gestern vormittag wurden der 32jährige Schneider Alois Hapke, seine 39 Jahre alte Haushälterin Marie Stuckmann und sein 15 Monate alter Sohn Karl bewußtlos in der mit Gas angefüllten Wohnung im Hause Provinzstraße 89 aufgefunden. Während bei Hapke jede Hilfe zu spät kam, konnten sein Sohn und die Haushälterin wieder ins Leben zurückgerufen werden. Sie wurden nach dem Reinickendorfer Krankenhause geschafft. Ob Selbstmord bzw. Selbstmordversuch oder ein Unfall vorliegt, wird erst die Vernehmung der Stuckmann ergeben können. — Der Verdacht eines Verbrechens knüpfte sich an einen Leichenfund im Teltowkanal. Hier wurde an der Klein-Machnower Schleuse die Leiche eines zunächst unbekannten Mannes gelandet, dem der halbe Kopf fehlte und der linke Arm und das linke Bein mit Telegraphendraht umschlungen waren. Hiernach schien es, als ob der Unbekannte einem Verbrechen zum Opfer gefallen wäre. Die Ermittelungen der Kriminalpolizei haben jedoch ergeben, daß ein Selbstmord vorliegt. Der Tote wurde festgestellt als ein Kaufmann aus Wilmersdorf, der nach Briefen, die er hinterließ, schwere Vermögensverluste erlitten hat und deshalb in den Tod gegangen ist. — Ein gefährliches Abenteuer hatte ein 14jährig. Mädchen Irma B. aus Dortmund zu bestehen, das auf dem hiesigen Görlitzer Bahnhof von einer Streife der Kriminalpolizei aufgegriffen wurde. Die kaum aus der Schule Entlassene lernte in der Heimat einen 19 Jahre alten Installateur Wilhelm Pitroula kennen und ließ sich mit ihm ein. Der Bursche, der über einiges Geld verfügte, fuhr mit ihr im Land umher, bis er ihrer überdrüssig wurde, sie bei Küstrin in einen Wald führte und dort zu erschießen versuchte. Es gelang dem Mädchen, zu flüchten. Jetzt fuhr es nach Berlin und hier hielt es sich in den Wartesälen der Bahnhöfe auf, bis die Streife es in der vergangenen Nacht aufgriff. Mit ihm wurde ein 17jähriges Mädchen Mader angehalten, das sich ebenfalls obdachlos hier aufhielt. Bald darauf wurde Pitroula auf dem Schlesischen Bahnhof ergriffen.

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Uebersetzt von Rudolf Kürth.
Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(30. Fortsetzung.)

35

Weit voneinander entfernt.

Endlich war Réal wieder zurück.

Yvonne hatte seine lange Abwesenheit wie eine persönliche Schädigung empfunden.

Seine fast täglichen Briefe aus der Schweiz hatten sie aufs innigste erfreut. Sie jubelte: So viel hat er mir zu schreiben, obgleich Feste und Zerstreuungen seine Zeit in Anspruch nehmen.

In seinen Briefen bemerkte sie freilich eine Entwicklung, die sie erschreckte. Wollte er wirklich für diese schändende Annäherung eintreten? Sie schwankte zwischen dem Zutrauen zu diesem edlen Geist und dem Abscheu, in den sie sich verrannt hatte. Was sagen? Was tun? Es ging nicht mehr um wohlfeilen Trost, es handelte sich um seine Rettung . . .

Am ersten Morgen, an dem sie ihre Arbeit wieder aufnehmen sollten, war die Luft schwül, ein Gewitter stand am Himmel . . .

Trotz der Hitze eilte Yvonne. Sie war ungeduldig, ihn wiederzusehen.

Réal empfing sie freudig.

„Die Pünktlichkeit selbst! Sie empfinden es hoffentlich nicht als versteckten Vorwurf, daß ich Ihnen ein kleines Andenken aus Genf mizubringen so frei war.“

Es war eine goldene Armbanduhr.

Sie war auf dieses Freundschaftszeichen nicht gefaßt. Ihre Dankbarkeit äußerte sich beinahe linkisch und deshalb rührend.

Er fragte:

„Haben Sie alle meine Briefe gelesen?“

Er prüfte aufmerksam ihre Züge, um ein [illegible] ihrer Gesinnung zu finden.

Sie erwiderte eifrig:

„Gewiß, ich habe sie bekommen.“

Er sah sie mit einem Ausdruck von Dankbarkeit an, den sie nicht anders auffaßte als die vielen Freundlichkeiten, die sie von ihm gewohnt war.

Er aber, ganz von dem Gedanken beherrscht, Anhänger zu werben, fragte:

„Und was ich Ihnen über die Deutschen sagte, wie denken Sie darüber?“

Sie erwiderte mit plötzlicher Herbheit:

„Darüber habe ich nichts zu sagen.“

Réal war über diesen bestimmten Ton erstaunt. Sie schien die Richterin spielen zu wollen. Da drohte ein Zwiespalt.

„Da stimmt ja etwas nicht! Ich merkte schon: Sie finden mich zu . . . zu deutschfreundlich?“

Er sprach mit jener freundschaftlichen Neckerei, die sie sonst immer gern hörte. Aber in ihrem Trotz und in der Mißstimmung, die vom Gewitter kommen mochte, antwortete Yvonne nicht, sondern starrte auf die Wolkenmasse und auf ein noch helles Mauerstück, das sich bleifarbig gegen den schweren und stumpfen Himmel abhob. Sie fühlte, daß ein Streit in der Luft lag. Auch in ihr regte sich der Bekehrungseifer.

Aber was würde dabei herauskommen?

Sie suchte sich zu beherrschen und antwortete endlich:

„Ich sehe, wir sind weit voneinander entfernt. Sie finden sie bewundernswert . . . Meinetwegen. Mir aber flößen diese Leute einen instinktiven, fast tierischen Widerwillen ein. Der Haß des Hundes gegen die Katze . . .“

Réal klatschte Beifall.

„Bravo! Ein herrlicher Vergleich! In der Tat, der Haß zwischen Hunden und Katzen, der Haß von Tieren, die nichts voneinander wissen und nur ans Raufen denken. Aber nehmen Sie einen jungen Hund und eine junge Katze, schließen Sie sie in ein Zimmer ein und kümmern Sie nicht um das Fauchen und Bellen. Am nächsten Morgen werden Sie sie friedlich Seite an Seite schlummernd finden. Das ist der Wert ihres instinktiven Widerwillens. Eine Probe könnte diesen Widerwillen besiegen. Warum nicht den Versuch machen?“

„Weil der Versuch tödlich werden könnte.“

„Das wird der Krieg wohl niemals?“

„Wir wären die Dummen. Diese Leute sind derartige Betrüger . . .“

Er wurde ungeduldig.

„Immer dasselbe Gerede . . . Die teutonische Betrügerei . . . Warum nicht auch slavische Doppelzüngigkeit, italienischer Verrat, treuloses Albion? Fühlen Sie denn nicht, wie kindisch es ist, daß sich jedes Volk für einen Engel des Lichtes im Streit mit einem Teufel der Niedertracht ausgibt?“

Sie war ärgerlich über das Wort kindisch und wagte eine Anspielung auf die Schweizer Briefe.

„Sie haben selbst zugegeben, daß die Deutschen heucheln.“

„Als Geschäftsleute, nicht als Verbündete.“

Sie versetzte:

„Schön, die Boches sind also vollkommene Wesen.“

Dann setzte sie sich an den Schreibtisch, zur Arbeit bereit, doch jeder weiteren Unterhaltung abhold.

Inzwischen war das Gewitter losgebrochen. Der Donner grollte immer heftiger, aus den Wetterwolken brachen Blitze. Das Gewitter stand gerade über der Stadt. Die Unbeweglichkeit der Luft wurde plötzlich durch einen unheimlichen Wind abgelöst, der die welchen Blätter auffliegen ließ und mit den Fensterläden klapperte. Große Tropfen fielen auf die Straßen, die Fußgänger sputeten sich und zogen unwillkürlich die Köpfe ein, so oft ein Donnerschlag dröhnte.

Réal litt unter der Mißstimmung, die zwischen Yvonne und ihm entstanden war. Durch eine grausame Schicksalsfügung fühlte er sich mit wachsender Innigkeit zu ihr hingezogen, während der schroffe Gegensatz ihrer Ueberzeugungen sie einander immer mehr entfremdete.

Er erwiderte nachgiebig:

„Nein, die Boches sind keine vollkommenen Wesen. Sie sind Menschen wie alle anderen. Sie haben weder die Vorzüge, derer sie sich rühmen, noch die Fehler, die wir ihnen nachsagen.“

Aber sie konnte nicht länger die Gleichgültige spielen. Schmerzlich bewegt flehte sie:

„Hören Sie auf mich! Glauben Sie mir! Verharren Sie nicht bei diesem Gedanken! Schreiben Sie gegen den Krieg, und jeder wird mit Ihnen einverstanden sein. Aber eine Versöhnung mit den Boches, nach allem, was sie uns angetan haben, unmöglich, unmöglich!“

Einlenkend fügte sie hinzu:

„Vielleicht später, wenn man alles vergessen hat. Aber jetzt, da doch alle diese Greuel noch so lebendig sind . . .“

„Liebes Kind,“ erwiderte er, „später heißt zu spät. Jetzt ist nicht der Augenblick für Ausflüchte und Empfindsamkeiten. Die Zeit drängt. Europas Lage ist verhängnisvoll. Man muß handeln. Wenn das Haus brennt, streitet man nicht über die Uniform der Feuerwehr . . .“

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Vertauschte Rollen!

Am 22. Dezember v. J. gaben wir unter dem Titel „Nichts verschleiern!" einer gekürzten Mitteilung Raum, die wir der „Leipziger Volkszeitung" entnahmen, und die sich mit dem neuen rechtssozialistischen Redakteur der Metallarbeiterzeitung, Fritz Kummer, beschäftigte. Im Anschluß an die letzte Generalversammlung der Metallarbeiter geht uns nun aus deren Kreisen ein Beitrag zu, der das Bild dieses Mannes abrundet und seine merkwürdige gewerkschaftspolitische Stellungnahme darlegt.

A. H—. Als im Jahre 1919 im Metallarbeiterverband die S. P. D. vor der Gefahr stand, in die Minderheit zu geraten, propagierte Fritz Kummer — jetzt Redakteur der M.-Z., schnell das Verhältniswahlsystem. Der Verbandstag lehnte das aber ab. Auf dem letzten Verbandstag in Jena, der eine schwache S. P. D.-Mehrheit hatte — man kann nicht wissen? — wiederholte K. denselben Antrag. Wiederum lehnte der Verbandstag fast einmütig ab, mit der Begründung, daß ein solches Wahlsystem die Fraktionsbildungen verewigen und eine Einigung der Arbeiterschaft erst recht erschwert würde.

Die kommunistischen Berliner Metallarbeiter, die sich jetzt in ähnlicher Situation wie 1919 die „Fraktion Kummer" befinden, stellten nun auf der letzten Generalversammlung in Berlin den Antrag, für alle Verbandsorgane das Verhältniswahlsystem einzuführen. Sie waren plötzlich große Anhänger der „Demokratie". Um besonders imponierend zu wirken, hatten sie sich an — Fritz Kummer — gewandt. (In den Armen liegen sich beide.) Trotzdem zwei Verbandstagsbeschlüsse vorliegen, antwortete ihnen Kummer, daß es die einzelnen Verwaltungsstellen nicht hindere, die Verhältniswahl einzuführen! Ja, erklärte er sogar, es sei zu wünschen, daß große Verwaltungen den Versuch machen, um die „ausgleichende" Wirkung wahrzunehmen. Das ging selbst den Berliner S. P. D.-Arbeitern über die Hutschnur, und sie lehnten diesen Antrag geschlossen ab, ebenso wie die Mehrheit der Generalversammlung. Die Versammlung konnte die „ausgleichende" Wirkung, die entstehen soll, wenn drei Fraktionen unter schärfstem Fraktionszwang ihre Gegensätze austragen, nicht verstehen. Aber auch Fritz Kummer, der doch als Redakteur der „M. Z." die Verbandstagsbeschlüsse mitzuvertreten hat, sollte deren Tragweite erkennen und sich in Zukunft bei Auskunftserteilungen etwas in acht nehmen. Wir glauben, Kummer hat bereits seinen engsten Freunden manchen — Kummer gemacht . . .

Preßlügen

Die B(elüge) Z(eitg) am Mittag auf der Höhe

Unter den widerlichsten bürgerlichen Hetzblättern, die sensationell zurechtgeschneidert sind, nimmt die B. Z. a. M. die hervorragendste Stellung ein. In ihrer Nummer 2 vom 2. Januar 1922 stellt sie die Wahrheit auf den Kopf. Während des Streiks der Eisenbahnarbeiter lag auch zum Teil der Stadt- und Ringbahnverkehr still. Dies wollte die Verwaltung der Straßenbahn ausnutzen und eine ganze Reihe von Wagen einschieben, um so eine Verstärkung einzelner Linien vorzunehmen. Die Gewerkschaften sowie die Betriebsräte lehnten das Ansinnen der Verwaltung ab mit der Begründung, es sei Streikarbeit. Eine Verständigung mit der Verwaltung und dem Betriebsrat, wie die „B. Z." schreibt, ist nicht erfolgt.

Gründe der Ablehnung waren folgende: Schon seit mehreren Monaten ist der Krankenbestand im Fahrpersonal infolge der schlechten Witterung ein großer; nicht aber erst während des Eisenbahnerstreiks. Die Arbeitervertretung hat wiederholt darum nachgesucht, die Leute, die im Fahrdienst ausgebildet sind, während des Sommers aber beim Gleisbau beschäftigt wurden, in den Fahrdienst zu übernehmen. Das hat die Verwaltung strikte abgelehnt. Es sollte sogar zu Entlassungen von Leuten aus dieser Abteilung geschritten werden. Als dies wohl nicht angebracht erschien, plante man Arbeitsstreckung. Nun wollte die Verwaltung 100 bis 200 Mann dieser Gruppe, aber auch nur während der Dauer des Eisenbahnerstreiks, in den Fahrdienst einstellen, um dann später die Arbeit strecken zu können. Das wurde von der Arbeitervertretung mit Recht abgelehnt. Wenn weiter gesagt wurde, daß nur wegen des hohen Krankenbestandes Schlosser und Fahrmeister für die Erkrankten einspringen sollten, so ist das glatte Lüge. Mit Ausnahme des Aufsichtspersonals

Angestellte!

Am 8. Januar Angestelltenversicherungswahl! Wählt Liste

„AfA-Bund"

mangelt es an Schlossern und technischem Personal, um nur die notwendigen Arbeiten an den Wagen vornehmen zu können, geschweig: einspringen zu können, um den Fahrbetrieb zu ergänzen. Mit solchen Unwahrheiten, die sehr kurze Beine haben, sollte auch die „B. Z." nicht krebsen gehen.

Bürgerliche Sozialpolitiker unter sich

Das von bürgerlichen Sozialpolitikern geleitete „Bureau für Sozialpolitik" hat einen Gesetzentwurf veröffentlicht, durch den eine Verwaltungsgemeinschaft zwischen den staatlichen Angestellten- und der Invalidenversicherung herbeigeführt werden soll. Der AfA-Bund erblickt in diesem Vorschlage keineswegs eine Erfüllung seiner Wünsche, die auf die Vereinheitlichung der gesamten Sozialversicherung und ihrem Ausbau zu einer allgemeinen Fürsorge gerichtet sind. Immerhin aber ist der AfA-Bund der Ansicht, daß der Vorschlag des Bureaus für Sozialpolitik eine Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes sein würde.

Der deutschdemokratische Gewerkschaftsbund der Angestellten hat in seiner Bundeszeitschrift die Motive des Bureaus für Sozialpolitik zu verdächtigen gesucht, indem er behauptet, es handele im Interesse der Privatversicherung. Darauf antwortet die „Soziale Praxis" in Nr. 50: „Es genügt, diese Unwahrheit niedriger zu hängen, sie lohnt keine Abwehr freier Sozialpolitiker, die nur ihrem Gewissen verantwortlich sind und denen der arme Leser leid tun kann, der unkundig genug ist, einem Autor, der sich unschwer besser hätte informieren können, eine solche Finte zu glauben."

Bauarbeiter. Donnerstag, den 5. Januar, nachmittags 4½ Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, Saal I, eine Baudelegierten-Versammlung aller in Arbeit stehenden Gruppen und Branchen statt. Die Anwesenheit aller Baudelegierten ist im Interesse der Lohnbewegung notwendig. Die Bezirksvereinsleitung.

Betriebsräteschule. Die Fortsetzung des Seminars „Privatwirtschaft" findet, wie verabredet, heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, statt.

Parteiveranstaltungen

Oberschöneweide. Die Anmeldungen für die Jugendweihe zu Ostern bitten wir bis zum 15. Januar in folgenden Stellen vorzunehmen: Konsum-Laden, Edisonstraße 50; Konsum-Laden, Mathildenstraße; Wolf, Schneider-Laden, Wilhelminenhofstr. 2; Bader, Zigarren-Laden, Wilhelminenhofstr. 17; Granau, Bisten-Laden, Wilhelminenhofstraße; Gierth, Zigarren-Laden, Wilhelminenhofstr. 45; Schuster (Lokal von Fleischerowitz), Wilhelminenhofstraße, Ecke Marienstraße.

14. Distrikt. In der heute stattfindenden Versammlung in Königstadt werden die Abteilungsführer und Abteilungskassierer erlaubt, eine Stunde vor Beginn dort zu sein, um die Teilersammlung zu übernehmen.

Donnerstag, 5. Januar

15. Verwaltungsbezirk Treptow. Abends 6 Uhr Fraktionssitzung im Amtshause Niederschöneweide, Gellnauer Str. 1, Zimmer 6.

9. Distrikt (Wedding). Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Kroll, Utrechter Straße 21.

Distrikt Spandau. 6 Uhr Vorstandssitzung mit Bezirksverordneten, im Anschluß daran Funktionärkonferenz bei Kohlschmidt.

Freitag, 6. Januar

Charlottenburg. Abends 7 Uhr Zusammenkunft sämtlicher Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre in der Kaiser-Friedrich-Loge, Kaiser-Friedrich-Str. 87. Vortrag des Genossen Mink.

7. Distrikt. 1. Abteilung. Abends 7 Uhr Funktionärversammlung bei Döbling, Brunnenstr. 79. Dazu müssen alle Bezirksführer, Bezirks- und Stadtverordneten und die Mitglieder sämtlicher Kommissionen erscheinen.

7. Distrikt. Abends 8 Uhr Vorstandssitzung bei Carus, Veltlinstr. 37.

8. Distrikt (Wedding). 1. Abteilung. Abends 7 Uhr Bezirksführerkonferenz bei Kroll, Utrechter Str. 21. 2. Abteilung. Abends 7 Uhr Bezirksführerkonferenz bei Hause, Brüsseler Str. 9.

12. Distrikt. Abends 7 Uhr engere Vorstandssitzung bei Klimpel, Danckelstr. 83.

13. Distrikt. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Tietsch, Gleimstr. 56.

Neukölln-Süd. Ordentliche Generalversammlung im Heim Schierkestr. 44. Die Funktionäre müssen von ihrer Tätigkeit berichten.

U. S. P. D.-Genossen Siemens-Konzern. Nachmittags 4 Uhr findet die Fraktionssitzung der U. S. P. D. bei Ulrich, Siemensstadt, Siemensstr. 27a, statt. Erscheinen ist Pflicht.

Vereinskalender

Donnerstag, 5. Januar

Verband der Maler, Lackierer usw., Filiale Berlin. Abends 7 Uhr Sektionsversammlung der Lackierer im Gewerkschaftshaus, Saal 3. Zahlreiches Erscheinen erwartet die Sektionsleitung.

Freitag, 6. Januar

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Sektion 2, Glas- und Teppichreinigungsbranche. Nachm. 4 Uhr große Versammlung im „Englischen Hof" (Großer Saal), Alexanderstr. 27b. Tagesordnung: Bericht der Lohnkommission.

Bauarbeiter „Held und Franke A.-G." Nachm. 3½ Uhr Betriebsversammlung in der Schulaula Weinmeisterstr. 16/17. Betriebsräte eine halbe Stunde früher. Erscheinen aller Bauarbeiter ist erforderlich.

Geschäftliches

Die Firma R. M. Machen hat auch in diesem Jahr wieder mit ihrem Inventur-Ausverkauf einen ungewöhnlich großen Zustrom von Käufern entfesselt. Die Preise sind eben doch ein Anreiz für einen großen Teil der Bevölkerung, den Bedarf bei solcher Gelegenheit zu decken. Der Ausverkauf dauert diesmal nur bis zum 7. Januar.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgesandt, wenn ein genügend frankierter Briefumschlag beigefügt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Leserkreise.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Lieblich, Berlin-Steglitz; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: B. Auer, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kamerzer, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2, Breite Straße 8/9
bleibt heute, Donnerstag, den 5. Januar 1922
wegen Umzug geschlossen

Hermann Engel
Landsberger Str. 85, 86, 87.
200000 Mtr. Barmer Klöppelsitzen und Einsätze für Wäschebesätze u. Deckengarnierungen sowie für Gardinen und Bettdecken-Verzierungen.
Weiße Tischdecken, Mitteldecken und Tablettdecken mit imit. Madeirastickerei u. Klöppel-Verzierg
Großer Saison-Ausverkauf
Riesige Ersparnisse warten auf Sie,
versäumen Sie keinen Augenblick! Kommen Sie!

Reinwollene Kleider mit Stickereien verziert 398 298 275 198
Dicke Wintermäntel aus guten Stoffen 398 275 198
Prakt. Kleiderröcke 85 68 47⁵⁰
Helle Seidenmäntel auf Seide gefüttert 398 298
Wunderbare Seal-Elektric-Mäntel in neuesten Formen 9500 8500 7500
Fesche Sport-Katzen-Jacken 7500 6500 4750
Elegante Zobel-Astrachan-Mäntel 5750
Prachtv. Biberastrachan-Mäntel 19500
Skunks-Jacken 5900
Pelz-Muffen, Kragen, Füchse, Wölfe bedeutend herabgesetzt.

Prima Dirndlstoffe in reizenden Mustern . . M. 24⁷⁵
Farbige Kleider-Samte M. 74⁵⁰
110 cm breiter reinwoll. Kleiderstoff, Salingewebe in neuesten Farben . . . . . M. 98⁷⁵
140 cm breite Stoffe für Herren-Anzüge und Damen-Kostüme, Meter M. 98,50, 85,—, 62⁵⁰
Prima Damenhemden mit Langetze und Hohlsaumgarnierung . . . . . M. 59⁵⁰
Prima Kniebeinkleider mit Stickerei . . . . . M. 55⁵⁰
Unterfallen mit Spitze und Einsatz . M. 24⁷⁵
150 cm breiter Haustuch-Lakenstoff . . . . . M. 49⁵⁰
80 cm Prima Hemdenlinon Meter . . . . . M. 19⁵⁰
Warme gestr. Kinder-Trikots Größe 60 70 80 90 100 — 18,50 21,— 23,50 26,— 28,50
Farbige Kinder-Sweater in allen Größen durchweg M. 16⁵⁰
Herr.-Trikot-Unterhosen M. 14.75 7⁵⁰
Damen-Mouss.-Strümpfe M. 7.75, 6.90 5⁵⁰
Kinderschürzen mit rotem Besatz Größe 45 50 55 60 65 — 5.— 6.— 7.— 8.— 9.—

Engl. Tüll-Gardinen-Vitragen Mtr. 17⁵⁰ 14⁵⁰ 9⁵⁰
Englisch Tüll-Gardinen Meter 21⁵⁰ 19⁵⁰ 16⁵⁰
Künstl. Gardin. engl. Tüll 2 Schal u. 1 Querbah. 225, 165, 110, 85
Engl. Tüll-Bettdecken 1- und 2bettig 238, 175, 105, 72
Madras-Künstl.-Gardin. 2 Schal u. 1 Querbehang in neuest Farbenstellungen . . 375, 275, 225, 198
Etamin- u. engl. Tüll-Stor. 210, 175, 125, 78
Filet-antiken-Stores auf Etamin m. Klöpp.-Einsatz 550, 420, 395
Erbstüll- u. Etamin-Bettdecken mit Klöpp.-Filet-Gulpäre u. Filet-ant. 750, 550, 475 350, 225

Außerordentlich billiger Verkauf von Teppichen in allen Größen und Qualitäten in herrlichen Mustern.

Angestellte Groß-Berlins!

Morgen Freitag, 6. Januar 1922, abds. 7 Uhr
in den Germania-Sälen, Chausseestr. 110

Oeffentliche Angestellten-Versammlung

Thema:

Wir wählen am 8. Januar 1922 die Liste Afa-Bund

Redner: Die Reichstagsabgeordneten Aufhäuser und Giebel

Per sofort gesucht:
Erste
Verkäuferinnen
für unseren
Putz-Salon
Meldungen in der Zeit von 11—12 Uhr vormittags und 5—7 Uhr nachmittags
Kaufhaus des Westens
G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauenzienstr. 21-24

Per sofort gesucht:
Putz-Zuarbeiterinnen
Meldungen in der Zeit von 11—12 Uhr vormittags und 5—7 Uhr nachmittags
Kaufhaus des Westens
G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauenzienstr. 21-24

Guy de Maupassant
Romane u. Novellen
1. Fräulein Fifi
2. Schwestern Rondoli
3. Mlle Harriet
4. Das Haus
5. Mondschein
6. Herr Parent
7. Der Horla
8. Die Schnepfe
9. Der Liebling
10. Ein Menschenleben
11. Stark wie d. Tod
12. Birkchen
13. Hans und Peter
14. Die kleine Roque
15. Nutzlose Schönheit
16. Der Tugendpreis
17. Schnaps-Anton
18. Unser Herz
19. Tag- u. Nachtgeschichten
20. Mont Oriol
Jeder Band elegant gebunden 18,— Mk.
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2
Breite Str. 8—9

Beachtet bei Einkäufen unsere Inserenten.